

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 19 / 17. Jahrgang

19. September 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Türkei, NATO und Irak: alle gegen die Kurden

Türkei: Militär will nach Südkurdistan

Noch während der irakischen Militäroperationen in Südkurdistan versuchte die türkische Armee, eine 10 bis 40 Kilometer tiefe türkisch kontrollierte „Pufferzone“ dauerhaft in einer Länge von rund 350 Kilometer nach Südkurdistan hineinzuverschieben. Dazu hatte die Armeeführung 80.000 bis 100.000 Soldaten in dem bergigen Grenzgebiet zusammengezogen. Die Luftwaffe bombardierte die Grenzregion. Es kam im gesamten Grenzgebiet zu heftigen Gefechten mit der kurdischen Guerilla. Die PKK-Guerilla nahm allein an einem Tag 40 türkische Soldaten gefangen. Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) rief zur Mobilisierung des kurdischen Volkes gegen eine türkische Invasion auf.

Die US-Regierung wie auch die europäischen NATO-Partner erklärten ihr „Verständnis“ für die türkischen Bestrebungen, den angeblich terroristischen Übergriffen und Umtrieben der Kurden in der Grenzregion ein Ende zu bereiten. Nachdem die erste Operation nicht erfolgreich war und Proteste der arabischen Staaten und Irans gegen eine türkische Pufferzone nach israelischem Vorbild im Südlibanon laut wurden, gingen die Verbündeten vorsichtig auf Distanz: Eine dauerhafte Einrichtung dürfe die Pufferzone nicht werden.

Die türkische Außenministerin Ciller äußerte sich zufrieden über den Ausgang der Kämpfe in Südkurdistan. Nach der vorläufigen militärischen Niederlage der PUK ist eine kurdische Kraft geschwächt und ihr bisheriges Gebiet, in dem die Ölpipelines von Irak nach der Türkei beginnen, ist von Barzanis KDP und irakischen Armeekräften besetzt. Barzani schloß in der vergangenen Woche ein „Autonomieabkommen“ mit der irakischen Regierung Saddam Husseins. Die türkische Außenministerin Ciller erklärte, daß sie ein neues Abkommen mit dem Irak und Barzani plane, wonach die KDP die geplante Pufferzone kontrollieren solle. Eine irakische Delegation ist zu Verhandlungen derzeit in Ankara. Wie schon bei den türkischen Invasionen in Südkurdistan in den letzten vier Jahren will sich das türkische Regime auf die kurdischen Feudalstrukturen Barzanis gegen die PKK stützen. Türkische Offiziere sind schon länger bei Barzani als Militärberater tätig, einen Großteil ihrer Waffen bezieht die KDP von der Türkei.

Türkisches Militär will bei der „Schutztruppe“ mitmischen

Mit einer solchen Konstellation werden sich die türkischen NATO-Partner anfreunden können. Erst kürzlich hatte die Türkei neue Verträge mit dem Irak

über Erdöltransporte sowie Erdgasausbeutung auf den Feldern bei Kirkuk geschlossen. Mit der US-Regierung verhandelt das türkische Regime über eine Neuordnung der UN-Schutzzone und deren militärische Überwachung. Die Türkei will an dem Truppenkontingent beteiligt werden und darüber direkten Zugriff auf Südkurdistan erhalten. Wesentlicher Inhalt dieser Verhandlungen wird das weitere Vorgehen gegen die PKK sein, deren militärische Schlagkraft entgegen westlichen Auffassungen ungebrochen ist.

Mit ihrem Angriff auf Irak wollten die USA sowieso nicht zugunsten der Kurden eingreifen, diese waren nur der Vorwand für ihre Operationen. Sie bombardierten im Süden des Iraks und drohten damit den Staaten der Region. Clinton gab Erklärungen ab, daß die Rohstoffquellen und der amerikanische Einfluß in der Region bedroht seien. Die Kurden hätten ihre „historische Chance“ in der UN-Schutzzone nicht genutzt.

Es ist zu befürchten, daß es in Südkurdistan zu neuen Massakern an den Kurden kommt. Die Führungen von KDP und PUK haben sich wieder einmal mit den Besatzerstaaten Kurdistans verbündet. Die PUK mit dem Iran, die KDP mit dem Irak und der Türkei. Alle früheren Versuche dieser Organisationen, ihre auf Feudalstrukturen basierende Macht mit Hilfe solcher „Verbündeten“ zu erweitern, endeten in schrecklichen Niederlagen, die das kurdische Volk mit hohen Opfern bezahlte.

Die Bundesregierung war in diesen Auseinandersetzungen immer Waffenlieferant der Kolonialregime – des Iran, des Irak und der Türkei. Neue Waffen-geschäfte mit der Türkei sind bereits abgeschlossen. Diese Politik wird sich wohl auch nach dem jetzt bekanntgewordenen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht ändern. Das Gericht hatte am 16. September die Türkei erstmals wegen einer Dorfzerstörung im Jahre 1992 verurteilt. Die Bewohner des Dorfes Kelekci bei Diyarbakir hatten geklagt, die Türkei wurde zu Wiedergutmachung verurteilt. Eine ähnliche Anzeige – wegen Beihilfe zum Völkermord an den Kurden – hatte der Generalbundesanwalt in Karlsruhe bereits im Januar 1994 wegen „fehlendem Anfangsverdacht“ gar nicht erst angenommen.

Kritische Äußerungen von Außenminister Kinkel gegen das türkische Vorgehen sind wieder einmal nicht bekannt. Fortsetzung der Waffenlieferungen an die Türkei und Aufrechterhaltung des PKK-Betätigungsverbots sind aber auch eine Antwort. (rub)

Friedensfestival Kurdistan

Für die Beendigung des Krieges und eine politische Lösung

Um 11 Uhr beginnt am kommenden Samstag im Müngersdorfer Stadion das „Friedensfestival Kurdistan“. „Internationale Künstler und Persönlichkeiten ergreifen das Wort für eine politische Lösung in Kurdistan“, kündigt das Koordinationsbüro an. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Situation im Norden als auch im Süden Kurdistans seien mutige Stimmen und sofortiger Handlungsbedarf erforderlich, um die Initiativen, die sich für den Frieden und eine politische Lösung einsetzen, zu unterstützen.

Als Redner und Gäste werden erwartet: Yasar Kaya (Präsident des Kurdistan-Parlaments im Exil), Güven Öztaka (Vorsitzender der Partei HADEP, Türkei), Akin Birdal (Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD, Türkei), Prof. Dr. med. Ullrich Gottstein (ehem. Vizepräsident der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / IPPNW), Hans Branscheidt (Initiative Appell von Hannover), Heide Lippmann-Kasten (MdB Niedersachsen, Bündnis 90/Grüne), Paolo Cento (MP, Grüne/Italien), Pedro José Caballero (Senator der baskischen Nationalpartei PNV), Teemu Matinpuro (Vorsitzender der finnischen Friedensbewegung) u.v.a.m. Außerdem sind internationale Musik- und Tanzdarbietungen angekündigt, darunter kurdische, türkische und englische Gruppen. (rül)

(Kontakt: Friedensfestival Kurdistan, c/o Köln-Office, Weißhausstraße 20, 50939 Köln, Telefon 0221-476 93 30, Fax 0221-476 93 32)

Schlappe für Schröder bei der Kommunalwahl in Niedersachsen

Bürgerblock nicht geschwächt, Grüne gestärkt, PDS gewinnt Sitze u.a. in Hannover, Oldenburg, Göttingen

Durchgeprügelte Castortransporte, Bauernproteste und Verabschiedung des brutalen Sozialabbaupakets durch die CDU/CSU/FDP-Bundestagsfraktionen haben bei der niedersächsischen Kommunalwahl ergebnismäßig nicht zu einer Erschütterung des bürgerlichen Lagers geführt.

Die CDU hat landesweit 41,6% (-1,4), die FDP 4,6% (-1,2) und die „Sonstigen“, in ihrer übergroßen Mehrheit rechts gestrickt, 6,3% (+1,5). Die SPD hat 1,6% gegenüber der letzten Kommunalwahl verloren und kommt auf 38,5%. Die Grünen legten um 2,7% zu und erhielten 9,0%. Gegenüber der letzten Landtagswahl ergibt sich bei der CDU ein Plus von 5,2 Prozentpunkten, bei der SPD ein Minus von 5,8.

Wahlverlierer ist die SPD, die ganz augenscheinlich ihre Klientel nicht mobilisieren konnte. Ihre Verluste waren insbesondere in den neun kreisfreien Städten am höchsten. Die Grünen waren weitgehend in der gesamten Fläche Niedersachsens vertreten. In Hannover gab es z.B. nahezu einen Austausch von Stimmanteilen zwischen SPD und Grünen und ein klares Votum für mehr grün in der Stadtpolitik.

Die zunehmend eingeschränkte Gestaltungsfähigkeit kommunaler Politik wirkt augenscheinlich auf die Wahlbeteiligung, mit 64,5% die niedrigste seit Kriegsende. Zusammen mit der nicht wahlberechtigten ausländischen Bevölkerung sinkt die Repräsentanz gewählter Vertretungsorgane erheblich und schreitet die Ausgrenzung sozialer Interessen fort.

Die PDS trat in einer Reihe unterschiedlich großer Städte und Gemeinden zur Wahl an. Soweit zur Zeit bekannt mit folgenden Ergebnissen: Oldenburg 2,5% (1 Sitz) in Zählgemeinschaft mit der Oldenburger Linken Liste 1,4% (ebenfalls ein Sitz), in Hannover 1,5% (ein Sitz) in Zählgemeinschaft mit der Linken Internationalen Liste (0,4%).

Die Kandidatur für den Stadtbezirksrat Linden/Limmer erbrachte mit 4,8% ebenfalls einen Sitz. In Göttingen, hier kandidierten die Linke Liste für den Stadtrat und die PDS für den Kreistag mit gemeinsamen Wahlkampf, gab es für den Kreistag 1,9% (ein Sitz) und für den Stadtrat 2,5% (ein Sitz). Im Amt Neuhäus, früher zur DDR gehörig, erhielt die PDS 15% und zwei Sitze.

In Goslar gab es 2%, Wilhelmshaven 1,3, Delmenhorst 0,9 (die DKP erhielt hier 0,2, es gab keine Zählgemeinschaft), in Bramsche 1,1 und in Harsefeld 2,5%. Die Braunschweiger Linke Liste konnte ihr Ratsmandat nicht verteidigen. Insgesamt gab es mehr linke Kandidaturen als bei der vorigen Kommunalwahl.

Die Mobilisierungsschwäche der SPD bleibt – wenn auch noch in mikroskopischem Maßstab – also nicht alternarlos. Es gibt in den Altbundesländern eine „Nachfrage“ nach sozialistischer Politik, die weder bei SPD noch bei den Grünen aufgehoben ist. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte. (gka)

Zum Wahlergebnis der Rechten siehe Seite 2

AKTUELL IN BONN**Streit über Arbeitslosenkasse**

Bundesfinanzminister Waigel will der Bundesanstalt für Arbeit 1997 keine Bundeszuschüsse mehr zahlen. Gegenüber dem Bundeshaushalt 1996 wäre das eine Reduzierung um 12,5 Milliarden DM. So viel hat die Anstalt nämlich 1996 an Bundeszuschüssen benötigt. Wie diese Kürzungen aussehen sollen, ist selbst im CDU-Bundesvorstand noch umstritten. Nach Presseberichten erwartet die Bundesregierung von den jetzt beschlossenen Maßnahmen (Streichungen bei den ABM-Programmen im Osten sowie Kürzungen bei den „Lohnersatzleistungen“) bereits Ausgabensenkungen bei der Bundesanstalt in Höhe von 8 Mrd. DM. Da zugleich die Arbeitslosigkeit auch 1997 höher bleiben dürfte, als bisher angenommen, geht das Bundesarbeitsministerium von einem weiter offenen Fehlbetrag für 1997 von 5 bis 7 Mrd. DM aus. „Dafür fällt mir nichts mehr ein“, soll Blüm im CDU-Vorstand erklärt haben. Bei weiteren Kürzungen würden Arbeitslose auf Sozialhilfeniveau fallen, die Arbeitslosenversicherung verlöre ihre Funktion. CDU/CSU-Sprecher Louven dagegen will weiter kürzen, u.a. schlug er vor, „Karenztage“ einzuführen, d.h. zu Beginn der Arbeitslosigkeit erhalten Arbeitslose erst einmal ein paar Tage gar kein Geld ...

Rentenbeitrag bald 20%?

Der Verband der Rentenversicherungsträger erwartet, daß ab 1.1.1997 die Beiträge zur Rentenversicherung auf über 20% steigen (derzeit 19,2%). Allein um den Fehlbetrag dieses Jahres auszugleichen, müßten die Beiträge um 0,6% angehoben werden. Dagegen melden die Lebensversicherer blödsinnige Geschichten. Im ersten Halbjahr seien die Einnahmen aus neu abgeschlossenen privaten Lebensversicherungen auf 8,5 Mrd. DM gestiegen, alle Einnahmen für private Lebensversicherungen stiegen sogar auf 44 Mrd. DM. Derweil berät unter Leitung Blüms eine „Rentenkommission der CDU“ über eine neue Rentenreform. Der CDU-Abgeordnete Storm: Man überlege, das Rentenniveau von derzeit ca. 70% der Nettoeinkommen wieder auf 60% der Nettoeinkommen zu senken durch eine sog. „demographische Komponente in der Rentenformel“. Ein solches Niveau hätten die Renten auch Ende der 60er Jahre gehabt. Gleichzeitig müsse der Bundeszuschuß angehoben und ein Kapital-sammelverfahren in der Rentenkasse begonnen werden.

Steuern auf Dienstwagen noch niedriger?

Finanzpolitiker der CDU/CSU sollen sich für die Haushaltsberatungen auf weitere Steuerersparnisse zugunsten von Firmen und Besserverdienenden verständigt haben. Das *Handelsblatt* meldet, die steuerliche Behandlung von Reisespesen und die Besteuerung von Dienstwagen solle „geprüft werden“. Als Dienstwagen sind ca. 80% aller Porsche und etwa 2/3 der S-Klasse von Mercedes und der 7er Reihe von BMW steuerlich begünstigt. Aus Haushaltsgründen hatte Waigel zu Jahresanfang diese Besteuerung leicht angehoben, was zu schroffen Protesten der Konzerne Daimler und BMW führte und zu einem Gesetzent-

wurf der Länder Bayern und Baden-Württemberg im Bundesrat. Dem will sich nun wohl auch die Bundestagsfraktion der Union anschließen.

Erstes Geld für Transrapid

Im Bundeshaushalt 1997 sind erste Zahlungen für das Transrapid-Projekt vorgesehen. 75 Mio. DM will der Bund in diesem Jahr erstmals beisteuern, in den Folgejahren sollen die Ausgaben dann auf 100 Mio. DM (1998), 271 Mio. DM (1999) und 1,378 Mrd. DM (2000) steigen. Die Oppositionsparteien kritisierten, daß diese Ausgaben bewilligt werden sollen, obwohl noch nicht einmal ein Vertrag mit der Betreibergesellschaft des geplanten Transrapid stehe und die Risiken folglich unübersehbar seien.

Bundeswehr aus Irak zurück

Am 29. August sind die letzten 28 Soldaten des Heeresfliegerkontingents der Bundeswehr aus dem Irak zurückgekehrt. Seit 1991 hatten Einheiten der Bundeswehr die vom UN-Sicherheitsrat eingerichtete UNSCOM zur Überwachung irakischer Abrüstungsmaßnahmen unterstützt, im wesentlichen durch von Transportflügen über dem Irak. Laut Verteidigungsministerium waren in diesem bisher längsten Auslandseinsatz der Bundeswehr 694 Bundeswehrsoldaten eingesetzt, darunter auch Grundwehrdienstleistende, die alle 4 bis 6 Wochen ausgetauscht wurden und z.T. in Bagdad, zum Teil in Bahrain stationiert waren. Beteiligt waren Heeresflieger aus Mendig, aus Rheine (NRW) und Laupheim (Baden-Württemberg). Die Kosten des Einsatzes beziffert das Ministerium auf 100 Mio. DM. „Rechtzeitig“ vor Beginn der irakisch-türkischen Offensive gegen die Kurdengebiete und vor den US-Luftangriffen sind sie nun zurück.

Wehrdienstverweigerung steigt weiter

Im ersten Halbjahr 1996 ist die Zahl der Wehrdienstverweigerer um 3,5 Prozent gestiegen. Über 98.000 Personen reichten einen Antrag auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer ein. Diese Angaben der Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ hat das Bundesverteidigungsministerium bestätigt. Bundesweit kommen damit auf je 100 Einziehungen zum Wehrdienst etwa 99 Anträge auf Wehrdienstverweigerung.

Was kommt demnächst?

Wahrscheinlich am 25.9. berät der Bundestag über einen Entwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes. Am 26.9. steht eine Wohnbaudebatte an, u.a. über Anträge zur Änderung des Altschuldenhilfegesetzes. Am gleichen Tag will das Parlament über „Bekämpfung der Korruption“ beraten sowie über Jugend- und Kinderpolitik (Jugendarbeitsschutzgesetz, Unterhalt für Kinder, sexuelle Ausbeutung von Kindern). Am Abend geht es um einen Gesetzentwurf der Grünen zur Auflösung des BND. Am 27. September steht eine Beratung über „Armut in Deutschland“ auf der Tagesordnung.

Bundestreffen der Cuba-Solidarität**Abschlußerklärung fordert Ende des Cuba-Boykotts**

Von 6. bis 8. September fand in Offen-burg das 6. Bundestreffen mit rund 80 Delegierten von 29 verschiedenen Cuba-Solidaritätsgruppen statt.

Ziel war vor allem – wie schon auf den letzten Treffen – die verstärkte Vernetzung der einzelnen Gruppen, um die materielle und politische Solidarität mit Cuba wirksamer werden zu lassen, gerade angesichts der aktuellen Verschärfung der Blockade durch das Helms-Burton-Gesetz. Arbeitsgruppen boten vielfältige Möglichkeiten des Sich-Kennlernens und für Diskussionen, die auch in konkrete Ergebnisse mündeten (werden in den nächsten *Netzwerk Cuba Nachrichten* veröffentlicht).

Höhepunkte waren die Referate und anschließenden Diskussionen mit dem Botschafter der Republik Cuba, Oscar Martinez, und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Leichtindustrie, Manuel Rios, der danach eine Rundreise durch die BRD startete. Durch sie bekamen wir einen Einblick in die aktuelle ökonomische Situation Cubas.

Die Offenburger Cubagruppe hat das Treffen nicht nur hervorragend organisiert, sondern besitzt auch Kontakte ins Rathaus, und so wurden sicher das erste Cuba-Soligruppen und der Botschafter aufs herzlichste vom Offenburger Bürgermeister begrüßt.

Aus der Abschlußerklärung

Im 37. Jahr der cubanischen Revolution versuchen das cubanische Volk und seine Regierung, nach entbehrungsreichen Jahren der anhaltenden „periodo especial en tiempo de paz“ (Sonderperiode in Friedenszeiten) in Würde und Souveränität die Errungenschaften seiner Revolution zu bewahren. ... Bei diesen Bemühungen konnte gerade in den letzten zwölf Monaten durch zahlreiche außen- und binnenwirtschaftliche Maßnahmen eine relative Stabilisierung der cubanischen Ökonomie erzielt werden. In einigen Wirtschaftszweigen gibt es bereits – im Vergleich zu 1990 – optimistisch stimmende Wachstumsraten. (...)

Mit der Inkraftsetzung des zynischerweise „Cuban Liberty and Democratic Act“ genannten Gesetzes („Helms-Burton-Gesetz“) am 16.7.96 wurde seitens der USA die letzte nicht-militärische Ebene der Aggression gegen Cuba betreten. Wieder einmal soll Cuba für das Wahlkampfspektakel der USA mißbraucht werden. Alle drei Teile dieses Gesetzes verstoßen gegen die entsprechenden Bestimmungen des Völker-

rechts, insbesondere den bereits seit dem antiken Griechenland geltenden Grundsatz der Beschränkung von nationalen Gesetzen auf die jeweilige Nation. (...)

Die Länder der EU haben ebenso wie Canada und die meisten lateinamerikanischen Länder gerade in der jüngsten Zeit ihren unmißverständlichen Protest, insbesondere gegen Teil 3 dieses Gesetzes angemeldet. Die EU hat sogar einstimmig mit drastischen Gegenmaßnahmen gedroht, die natürlich wenig mit neu erwachter Sympathie für die cubanische Revolution, dafür aber alles mit eigenen ökonomischen und staatlichen Interessen zu tun haben.

Die Tatsache, daß Präsident Clinton den Teil 3 des Gesetzes für sechs Monate suspendiert hat, ist ausschließlich aus taktischen Kalkül zurückzuführen. Nach seinen eigenen Worten soll diese Zeit genutzt werden, um die „kritischen Partner“ „zur Reason zu bringen“. Dies ist vor allem auf die EU gemünzt. „Amtliche Quellen besagen, daß Mr. Clinton in den nächsten sechs Monaten versuchen wird, eine alliierte Opposition zu Mr. Castro und eine alliierte Vergeltung zu sammeln“. (*International Herald Tribune*, 17.7.96) Dagegen muß die Solidaritätsbewegung mit Cuba in der BRD, in Europa und weltweit alle Kräfte mobilisieren.

Solidarität mit Cuba – Schluß mit der US-Blockade!

Wir ... fordern die US-Regierung auf: – Sofortige Aufhebung der völker- und menschenrechtswidrigen Blockade gegen Cuba!

– Sofortige Außerkraftsetzung des „Torricelli“- sowie des „Helms-Burton“-Gesetzes in allen Teilen!

– Sofortige und bedingungslose Auflösung des widerrechtlich besetzten US-Stützpunktes Guantánamo!

– Realisierung der entsprechenden UNO-Beschlüsse durch Aufnahme allgemeiner, von gegenseitigem Respekt geprägter Verhandlungen über normale zwischenstaatliche Beziehungen mit dem souveränen Cuba!

Wir fordern die ... Bundesregierung auf: – Fortführung bzw. Wiederauflage der Verträge zwischen der DDR und Cuba auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Kultur!

– Die finanziellen Forderungen der Bundesregierung gegenüber Cuba, die aus den Wirtschaftsaktivitäten der DDR innerhalb des RGW resultieren, sind rechtlich und moralisch nicht haltbar und müssen bedingungslos und umgehend aufgehoben werden. (aus: KAZ)

Viele rechte Gemeinderäte**Gewinne in Niedersachsen**

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen haben sich die Republikaner stabilisieren können. Sie haben 15 Sitze in den Kreistagen erzielt, eine Verbesserung von zwei Sitzen gegenüber der Wahl von 1991. Bei den Gemeinderäten ist dies noch deutlicher, jetzt haben sie 14 Gemeinderäte und hatten 1991 nur 8 Sitze. Das durchschnittliche Wahlergebnis von 1,0% sagt nicht viel aus, weil die Republikaner, aber auch die NPD in vielen Orten gar nicht angetreten sind. Herausragende Ergebnisse der Republikaner gab es an folgenden Orten: Braunschweig 3,0% (1 Sitz), Hannover 2,5 % und einen Sitz, bei den

letzten Wahlen hatten sie 3,4% und 3 Sitze. Im Landkreis Hannover haben sie 3,1%. In Hildesheim haben sie ihr Ergebnis verdoppelt und sind mit 1,9% mit einem Sitz ins Parlament eingezogen. In Celle hatten die Republikaner schon immer gute Ergebnisse und konnten sich noch steigern. Beim Kreistag erhielten sie 4,8% der Stimmen (3 Sitze) und absolut 12.214 Stimmen, 1991 waren es 3,9% und 9.800 Stimmen. In den Celler Gemeindeparlamenten haben sie 6 Sitze erzielt, sogar in der Gemeinde Bergen-Belsen. In Harburg erhielten sie 3,3% (2 Sitze) und konnten ihr Ergebnis deutlich verbessern. In Wilhelmshaven erhielten die Reps 4,9% das sind 59.061 Stimmen und 2 Sitze. In den Kreisen Soltau und Delmenhorst haben sie jeweils ein Mandat erzielt.

Für den weiteren Aufbau der Republikaner nach den Bundestagswahlen aber kein spektakuläres Ergebnis, aber trotzdem beunruhigend. (jgd)

Keine Armut in Deutschland?

Die PDS zum „Sparpaket“

Am 13. September haben die Regierungsparteien das berüchtigte „Sparpaket“ der Bundesregierung verabschiedet. Damit treten die Kürzung der Lohnfortzahlung, die weitere Zerstörung des Kündigungsschutzes, die Anhebung des Rentenalters und die Kürzungen bei ABM und Arbeitslosengeldern in Kraft. Einen Tag später kündigte Gesundheitsminister Seebohn das nächste „Sparpaket“ an: Jetzt müsse in der Krankenversicherung gestrichen werden... Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Gregor Gysi am 29. August und Überlegungen der Bundestagsgruppe zur Verteidigung der ABM-Programme im Osten.

Herr Bundesminister Blüm, Sie haben vorhin sehr einfühlsam Beispiele aus anderen Ländern genannt und darauf hingewiesen, daß dort ein viel drastischer Abbau stattfindet, den Sie Umbau nennen – dazu komme ich noch –, und daß die Bundesrepublik Deutschland in diesen Fragen im internationalen Vergleich besonders vorsichtig operiert und sich den internationalen Bedingungen nur schrittweise annähert. Ich frage mich allerdings, warum Sie dann nicht zum UNO-Report Stellung nehmen, der in Bonn am 15. Juli veröffentlicht worden ist. (...) In diesem UNO-Bericht ist nämlich auch festgestellt worden, daß die Kluft zwischen Reich und Arm auch in den Industriestaaten selbst wächst. Jetzt kommt der internationale Vergleich, den Sie, Herr Bundesminister Blüm, hätten erwähnen sollen, weil er nämlich unmittelbar Ihr Ressort betrifft. Da gibt es in der UNO einen Index für menschliche Entwicklung, in dem drei Faktoren für die Bewertung

zusammengezogen werden, nämlich die Lebenserwartung der Menschen, die Bildungschancen und die Kaufkraft der Individuen. Die Bundesrepublik Deutschland befand sich 1994 auf Platz 9. Jetzt liegen wir auf Platz 18. Das heißt, es ist innerhalb eines Jahres gelungen, die Lebensqualitäten in der Bundesrepublik Deutschland so zu verschlechtern, daß sie im Niveau hinter Spanien und andere Länder zurückgefallen sind. (...) Dann sprechen Sie davon, daß es keine Armut gibt. Warum beschäftigen Sie sich nicht mit diesen Schicksalen? Bedeuten 150.000 Obdachlose, darunter eine Vielzahl von Kindern, keine Armut? Sind 1 Million Menschen in Notunterkünften nicht Ausdruck von Armut? Sind 2,3 Millionen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger ... nicht Ausdruck von Armut? (...)

Hinzu kommen noch Millionen Menschen, die Sozialhilfe, obwohl sie darauf Anspruch hätten, gar nicht beantragen, ... Ich behaupte, Sie haben das absichtlich so bürokratisch und demütigend organisiert, damit viele diese Ansprüche, die ihnen zustehen, gar nicht erst geltend machen. Dann kommen noch die vier bis sechs Millionen Arbeitslosen dazu. So ergibt sich das Bild einer Gesellschaft, die tief gespalten ist und die von Ihnen immer weiter gespalten wird. Sie sprechen davon, daß die Kassen immer leerer, daß die Mittel immer begrenzter werden und daß deshalb die Möglichkeiten, zu verteilen, durch objektive Zwänge nicht mehr vorhanden sind. Aber das ist nicht die Realität.



DGB-Demonstration gegen das Regierungsprogramm, Bonn, 15. Juni. Bild: Hacky Hagemeyer

Das Geldvermögen ist im letzten Jahr in der Bundesrepublik um 8 Prozent gestiegen. Wir haben jetzt ein Geldvermögen in der Bundesrepublik von 4,6 Billionen DM. Aber das Interessante ist: Von diesen 4,6 Billionen DM besitzen 1,3 Prozent der Haushalte ein Viertel. Das heißt: 1,3 Prozent der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland verfügen über mehr als 1.000 Milliarden DM Geldvermögen. Wer nicht bereit ist, an dieses Vermögen heranzugehen, wer nicht bereit ist, eine Umverteilung von oben nach unten zu organisieren, der soll mir nicht mit sozialer Gerechtigkeit kommen, der soll mir nicht mit Geldknappheit kommen, der soll auch nicht ernsthaft behaupten, daß er in dieser Gesellschaft etwas gegen Arbeitslosigkeit unternimmt. (...)

Es gibt Zahlen, die lassen sich einfach nicht leugnen. Eine dieser Zahlen lautet, daß von 1983 bis 1990 – die letzten sechs Jahre sind also noch gar nicht berücksichtigt, weil Sie nämlich aus nachvollziehbaren Gründen keine Statistik mehr veröffentlichten – die Zahl

der Haushalte, die jährlich ein Einkommen von 250.000 DM oder mehr zu versteuern haben, um 116 Prozent gestiegen ist. Das heißt, die Zahl dieser Haushalte hat sich allein in dieser Periode mehr als verdoppelt. Sie können nicht bestreiten, daß die Reichen in der Zeit Ihrer Regierung immer reicher und die Armen immer ärmer geworden sind. (...)

Anstatt die Vereinigung als Chance zu nehmen, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, haben Sie sie als Chance begriffen, die Sozialleistungen und den Sozialstaatskompromiß in der Bundesrepublik Deutschland aufzukündigen.

Wenn Sie dies alles bestreiten, dann nennen Sie mir doch eine einzige gesetzliche Bestimmung aus Ihrem gesamten Paket, die Sie oder mich betrifft, eine einzige Bestimmung, die Menschen betrifft, die soviel wie wir oder noch mehr verdienen. Die wirklich Vermögenden und die Reichen haben nach Inkrafttreten Ihres Sparpakets nicht eine Mark weniger. Sie haben durch Streichung der Vermögensteuer im nächsten Jahr sogar noch deutlich mehr (...)

Gegen die ABM-Kürzung im Osten

Ein Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ...

* In der Diskussion um die seitens der Bundesregierung geplanten Mittelkürzungen bei ABM blieb bisher die Tatsache außer acht, daß ABM in Ostdeutschland im sozialen Sektor nach wie vor eine verdeckte Ausfallfinanzierung für soziale Infrastruktur darstellen. Soziale Infrastruktur in Ostdeutschland hängt auch im 6. Jahr der Vereinigung in nicht geringen Teilen nach wie vor am Tropf der Bundesanstalt für Arbeit. Über 30.000 ABM-Kräfte und über 20.000 Beschäftigte in Maßnahmen nach § 249h sind derzeit in sozialen Diensten und in der Jugendhilfe tätig.

* Einerseits von ABM und Maßnahmen nach § 249 h abhängig, werden andererseits die Grenzen in der Handhabung dieser Maßnahmen für die Bereitstellung sozialer Infrastruktur immer deutlicher. Die mit der Inanspruchnahme dieser Zuschüsse erzwungene Fluktuation der Mitarbeiterschaft beeinträchtigt ebenso die Qualität derjenigen Dienste, die in hohem Maße auf ABM angewiesen sind, wie die rigorose Ausrichtung der Förderung auf Langzeitarbeitslose und

Arbeitslosenhilfeempfänger, die der Gewinnung qualifizierten und geeigneten Personals Grenzen zieht.

* Der versteckte und notwendige West-Ost-Transfer für soziale Infrastruktur über ABM und § 249h muß dringend über offene und zielgerichtete Formen der Unterstützung abgelöst werden. Es bedarf 6 Jahre nach der Vereinigung endlich einer klaren Trennung zwischen Maßnahmen mit dem primären Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Hilfestellung für Arbeitslose auf der einen Seite und der Bezuschussung sozialer Infrastrukturmaßnahmen aus Bundesmitteln auf der anderen. Hierbei sind unterschiedliche Formen denkbar. Letztlich hat es jedoch um zweckgebundene Finanzhilfen an ostdeutsche Kommunen zur Unterhaltung und zum Ausbau ihrer sozialen Infrastruktur unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu gehen.

* Die mit dem Jahressteuergesetz 1997 vorgesehene Rückführung des Solidaritätszuschlags führt allein zu Einnahmeausfällen von 3,6 Mrd. DM. 80.000 Personalstellen könnten mit diesem Geld im Bereich sozialer Infrastruktur unterstützt werden, und zwar ohne den immer steiniger werdenden Umweg über ABM. Dies sind noch weit mehr, als derzeit über ABM und 249h AFG in diesem Bereich bezuschußt werden. Allein die Überführung von 50.000 ABM-Kräften und Beschäftigten in § 249h in reguläre Beschäftigungsverhältnisse würde zudem in den Kassen der Bun-

desanstalt für Arbeit mit annähernd 1,7 Mrd. DM zu Buche schlagen – jener Betrag, um den im Zuge der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes bei ABM und FuU gekürzt werden soll.

* Die vernünftige Konsequenz und politische Forderung können somit nur sein: Beibehaltung des Solidaritätszuschlags, wenn nicht sogar Erhöhung für Besserverdienende. Einrichtung eines Bundesfonds zur Bezuschussung der sozialen Infrastruktur in Ostdeutschland und damit gleichsam Entlastung der Kassen der Bundesanstalt für Arbeit.

(„ABM-Kürzungen im Osten bedrohen notwendige soziale Infrastruktur“ (Zusammenfassung) – Vorschlag des DPWV, 9.8.96)

PDS-Bundestagsgruppe unterstützt den Vorschlag

Auf ihrer Klausurtagung am 5./6. September verabschiedete die Bundestagsgruppe der PDS folgende Erklärung zum geplanten ABM-Abbau in Ostdeutschland:

Die PDS wird sich in den Haushaltsberatungen für die Einrichtung eines „Bundesfonds Bezuschussung von soziokulturellen Regelaufgaben in ostdeutschen Kommunen“ einsetzen. Damit kann im Bereich der kommunalen Infrastruktur eine Plattfache vermieden werden, die durch den von der Bundesregierung geplanten Abbau der ABM in Ostdeutschland zu erwarten ist. (...) Wir greifen mit dieser Bundes-

fonds-Idee einen Vorschlag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf. Er hatte im August darauf hingewiesen, daß mit ABM-Mittel in Ostdeutschland große Bereiche sozialer Arbeit in den Kommunen finanziert werden. (...) Bei einem Ausfall der ABM-Mittel werden die Kommunen auch durch noch so striktes Sparen nicht in der Lage sein, die fehlenden Gelder aus ihren Mitteln aufzubringen, zumal ihre Einnahmen vermutlich weiter sinken und ihre Sozialhilfe-Ausgaben durch die Kürzungen in den vorgelagerten Sicherungssystemen steigen werden.

Während die Bundesregierung einerseits ABM-Mittel dramatisch kürzen will, beabsichtigt sie im Jahressteuergesetz 1997 andererseits, den Solidaritätszuschlag 1997 abzubauen und auf Einnahmen von gut 3,6 Mrd. DM zu verzichten. Die PDS fordert von der Bundesregierung, auf diese Einnahmen nicht zu verzichten, sondern mit ihnen den „Bundesfonds“ auszustatten. Dieser Fonds soll als Übergangslösung bis zu einer durchgreifenden Reform der Gemeindefinanzen gewährleisten, daß in ostdeutschen Kommunen in den Bereichen Soziale Dienste, Gleichstellung, Kultur und Sport eine Infrastruktur kommunaler Daseinsvorsorge aufgebaut, erhalten und verstetigt werden kann. Zur finanziellen Bezuschussung ... ist der Bund gefordert und nicht die Bundesanstalt für Arbeit mit ihren Beitragsmitteln. (Pressemittlung, 6.9.)

Der Bund der Vertriebenen ist eine Dachorganisation sämtlicher Vertriebenenverbände. Ihr jährlicher „Tag der Heimat“ dient dazu, Traditionen deutscher Reichs- und Volkspolitik fortzusetzen und Ansprüche an die bundesdeutsche Politik zu formulieren. Am 47. Tag der Heimat, der jüngst in Berlin stattfand, hier Bundespräsident Roman Herzog eine vielbeachtete Rede. Die Öffentlichkeit nahm wahr, daß der Bundespräsident Gebietsansprüchen an die Nachbarländer im Osten eine klare Absage erteilt habe. Der an dieser Stelle von einem bis heute Unbekannten plazierte Zwischenruf, Herzog sei ein Vaterlandsverräter, ging durch sämtliche Medien und das hat den Eindruck, Herzog habe die Vertriebenenverbände zügeln und den Nachbarn im Osten die Hand reichen wollen, sehr fest gemacht.

Eine öffentliche Meinung in Deutschland, die das Land als eine Kraft der Versöhnung in Europa sehen will, ist eine eher gute Sache. Wenn jedoch der wahre politische Inhalt der Herzog Rede anders angelegt ist, täuscht eine solche gute Meinung, im Lager der Täter die Opposition, im Lager der Opfer den Widerstand. Einen solchen Fall hatten wir in der Geschichte der BRD mit der berühmten Falschaussage, die BRD hätte durch die Ostverträge die DDR völkerrechtlich anerkannt. Die verbreitete Meinung, die BRD wolle durch diese Verträge auf Anschlußpolitik verzichten, war irrig, richtig war die Meinung, es handle sich um eine den neuen Bedingungen angepaßte Fortsetzung der Anschlußpolitik.

Also, was hat Herzog in Richtung Osten genau und wörtlich gesagt?

Wir zitieren nach dem Manuskript, wie es vom Presse- und Informationsamt der Regierung verbreitet wurde:

„Wer seiner Zukunft offen begegnen will, muß seine Wurzeln kennen. Er muß aus ihnen aber vor allem die Kraft für die Gestaltung des Künftigen gewinnen.“

So schmerzhaft die Erkenntnis für Menschen ist, die in Hinterpommern, Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren sind: Diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet. Sie gehören zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat. Und das wiedervereinigte Deutschland erhebt keine Gebietsansprüche. Die Verschiebung der Grenzen ist auch gar nicht das Thema unserer Zeit. Wir haben die Chance, bestehende Grenzen niedriger und durchlässiger zu machen



Bundespräsident Herzog und die deutsche Revanchepolitik

als Generationen vor uns. Darauf müssen wir unsere Kraft konzentrieren.“

Herzog hat seine Laufbahn als Jurist und Philologe gemacht. Er legt großen Wert darauf, daß er meine, was er sage, und sage, was er meine. Was meint Herzog, wenn er von „unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe“ spricht?

Die breite Öffentlichkeit wird darunter zweifellos die Tatsache begreifen, daß durch die Rückwanderung der Lebenserfahrung, mit ihr Kulturgüter, politische Zielsetzungen und Erfahrungen in die Bildung der bundesrepublikanischen Gesellschaft eingeflossen sind und auch, daß sich diese Gesellschaft jener Vorgeschichte nicht entziehen kann, sondern sich ihr stellen muß.

Dies hat Herzog an dieser Stelle aber nicht gesagt. Er bezieht den von ihm eingeführten Begriff des „Erbes“ nicht auf Traditionen, wie sie von Menschen getragen und auch übertragen werden, sondern: auf Gebiete, die zwar polnisches und russisches Staatsgebiet sind (nach dem Völkerrecht, nicht nach eigenem Empfinden), aber dennoch zu unserem, des deutschen Staatsvolkes, „kulturellen und geschichtlichen“ Erbe gehören. Deutsches Geschichts- und Kulturerbe unter fremder staatlicher Herrschaft! Das kann so nicht bleiben! Die naheliegende Lösung: Die Verschiebung von Grenzen. Aber das ist: „Nicht das Thema unserer Zeit“. Herzog gibt nicht im geringsten zu, daß es auch von seinem Standpunkt aus nicht richtig

wäre. Es sind äußere Zwänge, die diese nächstgedachte Lösung von der Tagesordnung unserer Zeit rücken, in einer kommenden Zeit mag sich das anders darstellen. Was ist das Thema unserer Zeit? „Grenzen niedriger und durchlässiger machen“.

Die wirtschaftliche und politische Einflußbildung der alten Westmächte auf die Länder in Mittel- und Osteuropa wächst beständig. Dem dient die Politik des „niedriger und durchlässiger machen“. Diese sowieso schon rücksichtslose Großmachtpolitik wird von Herzog um eine extrem reaktionäre Komponente bereichert. Er will die Präsenz des Deutschlands bei den östlichen Nachbarn geschichtlich legitimieren. Das ist eine Strategie, die der Bundesrepublik eine exklusive Stellung unter allen Westmächten, die im Osten um Einfluß kämpfen, einräumen will.

Ist es möglich, daß Herzog bei der Aufzählung ehemals deutscher Gebiete, die heute Gebiete anderer Staaten wären, die Tschechische Republik einfach vergessen hat? Davon auszugehen, daß Herzog diese Frage für sowieso klar hält, wäre naiv. Es gibt nämlich Streit über die Münchner Verträge, durch die erhebliche Gebiete der damaligen Tschechoslowakei in nazideutsches Staatsgebiet verwandelt wurden. Zu diesem Vertrag meinen die tschechischen und slowakischen Opfer, er sei von Anfang an ungültig gewesen. Die deutschen Staatsmänner treten hingegen aus der

Tradition der Täter nicht vollständig heraus. Ihr Standpunkt ist, daß der Münchner Vertrag, der über den Kopf der Tschechoslowakei hinweg geschlossen, die sogenannten Sudetengebiete an das Reich angliederte, in dieser ersten Phase rechtens gewesen sei, der Vertrag sei dann allerdings dadurch „zerrissen“ worden, daß Nazideutschland die gesamte Tschechoslowakei okkupierte und diese Gebiete und Menschen so lange beherrschte, bis es militärisch geschlagen worden war.

Zu dieser – zwischen der BRD und der tschechischen Republik offenen und strittigen Frage – sagt Herzog gar nichts, aber nicht, weil er etwa zum tschechisch-deutschen Verhältnis gar nicht geredet hätte. Er sagte dazu vielmehr folgendes: „Mit Recht hat der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel festgestellt, die Vertreibung der Deutschen sei keine Strafe gewesen, sondern Rache. Vor allem aber war sie ein Instrument der sowjetischen Expansionspolitik, die Völker und Staaten auf der Landkarte hin- und herschob, um in der Mitte Europa die Herrschaft des Sowjetsystems zu etablieren.“

Rache ist Unrecht. Was Unrecht ist, kann nicht Bestand haben. Wie man in der Presse liest, geht die deutsche Politik inzwischen davon aus, in einer gemeinsamen Erklärung der tschechischen Republik das Bekenntnis abzugeben zu können, die Aussiedlung der deutschen Staatsbürger nach dem Kriege sei Unrecht gewesen. Gibt Herzog dem Havel, der auf die Leiden des Krieges auch auf der Seite der Angreifer verständnisvoll eingehen will, seinerseits etwas zu? Zum Beispiel, daß die Münchner Verträge von Anfang an ein Unrecht und eine Erpressung waren? Kommt gar nicht in Frage, ist gar nicht nötig!

Wenn es zu einer deutsch-tschechischen Erklärung kommt, in der nicht steht, daß der Münchner Vertrag von Anfang an Unrecht war, und in der aber steht, daß die Aussiedlung ein Unrechtsakt war, so würden wir es mit einer neuen, modern abgestuften Variante von „München“ zu tun bekommen.

Der Ärger Herzogs über den Zwischenrufer, der ihn einen Vaterlandsverräter nannte, wird verständlich. Als Modernisierer deutscher Großmachtpolitik benötigt er die Verknüpfung mit den alten Traditionen, er will die ausgesiedelten Deutschen und ihre Verbände für seine Politik der Wiederaufforstung eines neuen Deutschlands im Osten gewinnen. Man mag zum Schluß kaum noch sagen: Wehret den Anfängen, zu weit ist die Sache schon gediehen. (ma)

Von Revanchisten als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet wurde Bundespräsident Roman Herzog während seiner Rede am 9. September auf der zentralen Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ des sog. „Bund der Vertriebenen“ in Berlin. BDV-Vizepräsident Dr. Paul Latussek hatte in seiner Rede zuvor die völkerrechtlich verbindliche Grenze zwischen Deutschland und Polen in Frage gestellt. Herzog hatte ihn daraufhin zu rechtgewiesen, es seien hier „so viele falsche Behauptungen aufgestellt worden, daß man gar nicht weiß, wo man mit dem Widerlegen anfangen soll“ und dessen Gebietsansprüchen eine Absage erteilt.

Latussek, stellvertretender Bundesvorsitzender der DSU, war im letzten Jahr Mitautor in dem von den beiden Witikonon Harald Thomas und Roland Schnöhrich im Stocker-Verlag herausgegebenen Buch „Von Prag nach Sarajewo“ und in dem im einschlägigen Hohenrain-Verlag erschienenen Sammelband „50 Jahre Vertreibung“, in dem

auch Texte von DVU-Chef Frey und FPÖ-Chef Haider abgedruckt wurden.

Auf Druck der Öffentlichkeit hat der BDV mittlerweile Anzeige gegen Unbekannt wegen

„Verunglimpfung des Bundespräsidenten“ gestellt. Nach Auffassung des BDV-Sprechers Stratmann kam der Zwischenrufer keinesfalls aus den Reihen des BDV. Es habe sich entweder um einen Provokateur von seiten linker Antifaschisten gehandelt „oder um einen Rechtsradikalen“, so Stratmann.

Sieht man sich die Liste der Akteure auf den Veranstaltungen des BDV zum „Tag der Heimat“ an, stellt man fest, daß die Haltung des Zwischenrufers gar nicht so „unrepräsentativ“ für den BDV ist, wie Stratmann meint. Bereits einen Tag vor Herzogs Auftritt hatte bei einer Gedenkveranstaltung des BDV in Berlin der Pater Lothar Groppe eine Messe zelebriert. Groppe ist regelmäßiger

Autor u.a. in *Criticon*, in der *Jungen Freiheit* und im Revanchisten-Blatt *Der Schlesier*.

Die Rechte und der BDV

Einige Beispiele ihrer Zusammenarbeit

Ein-schlägig bekannte Redner sind auch zu den zahlreichen lokalen Veranstaltungen des BDV eingeladen worden:

- beim BDV in Bielefeld Bernhard Knapstein, Bundesvorsitzender der Jungen Landmannschaft Ostpreußen und *Junge Freiheit*-Autor
- beim BDV in Düsseldorf CDU-MdB Heinrich Lummer aus Berlin
- beim BDV in Wuppertal und Fulda (22.9.) Alfred Schickel von der „Zeitschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“
- beim BDV in Heidelberg (22.9.) der frischgebackene VDA-Preisträger Prof. Dr. Alfred de Zayas
- beim BDV in Miltenberg-Oberburg (29.9.) „der Paneuropa“-Chef MdEP Otto von Habsburg

– beim BDV in Schaumburg Lippe Ortwin Lowack, ehem. CSU-MdB, nun Bundesvorsitzender der „Freien Bürger Union“

– beim BDV in Plön der Kieler Journalist und „Criticon“-Autor Uwe Greve.

Im Gegensatz zur Bundestag-Vizepräsidentin Antje Vollmer äußerte die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Annelie Buntenbach, daß der BDV beim diesjährigen „Tag der Heimat“ erneut gezeigt habe, daß er zu einer Politik der Versöhnung und Verständigung unfähig sei. Dabei gehe es nicht nur um einen unqualifizierten Zwischenrufer, Schon in den Aufrufen zum „Tag der Heimat“ hätten die Vertriebenenverbände in scharfem Ton Ansiedlungsrechte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten gefordert. Sie forderte, die staatlichen Millionensubventionen „für das große deutsche Sabelraseln der Vertriebenen gegenüber den östlichen Nachbarstaaten“ müßten jetzt endlich gestrichen werden. Eine Forderung, die auf jede Tagesordnung gehören sollte. (hna, aus Antifaschistische Nachrichten)

Organisation der Deutschen in Westböhmen

Einer der Hebel der Sudetendeutschen Landsmannschaft

„Die Pilsner Deutschen und ihre tschechischen Freunde sind praktisch ständig unterwegs und bei den verschiedensten Veranstaltungen hier im Lande und in Deutschland, um zusammen mit anderen Landsleuten den Weg der Versöhnung zwischen beiden Völkern zu beschreiten“, sagt Gertrud Trepková, die Vorsitzende der Organisation der Deutschen in Westböhmen (OdDIW) mit ihrem Sitz in Plzeň. Was die Aktivität ihrer Organisation angehe, erklärt Frau Trepková mit gewissem Stolz, „war in diesem Jahr sicher ein Höhepunkt die Teilnahme am Sudetendeutschen Tag in Nürnberg“. In diesem Zusammenhang entrüstet sie sich, daß es „völlig verschwiegen (wurde), daß die politischen Redner auch der Leiden des tschechischen Volkes während der Zeit des unseligen Protektorats gedacht haben“, und daß die Berichterstatter „das andere Ziel der Nürnberger Veranstaltung, abseits der großen Politik und der von Jahr zu Jahr wiederholten Worte zum Gespräch zu kommen, ignoriert“ haben.

Die Organisation der Deutschen in Westböhmen wurde 1991 gegründet. Einige ihrer aktiven Mitglieder versuchten ein Jahr später, in Plzeň die sogenannte Demokratische Partei Sudetenland zu gründen. Angesichts der Tatsache, daß diese Gruppierung unter Patenschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft (die Entstehung der DPS

begrüßte u.a. Walter Staffa, der Vorsitzende des Witikobundes) sich bemühte, noch radikalere Politik durchzusetzen, als sie die Sudetendeutsche Landsmannschaft betreibt, wurde die weitere Existenz der DPS aufgrund des starken Widerstandes der Öffentlichkeit unmöglich gemacht. Die Gründer der DPS sind dann in aller Stille in der Organisation der Deutschen in Westböhmen untergetaucht ...

Die Zusammenarbeit der OdDIW mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihren Nebenorganisationen ist umfangreich. Die Mitglieder der OdDIW veranstalteten gemeinsame Aktionen mit der Ackermann-Gemeinde, mit dem Sudetendeutschen Sozialwerk (das unter dem starken Einfluß des Witikobundes steht), mit dem Collegium Carolinum, mit dem Adalbert-Stifter-Verein oder mit dem Heimatkreis Mies-Pilsen. Es sind aber nicht nur die rein sudetendeutschen Organisationen, die die Partner für die OdDIW stellen. Ihre Hilfe und Zusammenarbeit bieten z.B. auch das Institut für ostdeutsche Kirchengeschichte, die Ostseeeakademie (Lübeck) oder die Konrad-Adenauer-Stiftung an, deren Filiale in Prag sehr große Aktivität entwickelt, ähnlich wie ihre „brüderliche“ Hanns-Seidel-Stiftung. („Die Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung sind Entscheidungsträger aus der Politik, also Parlamentarier, Parteivertreter,

Journalisten, Vertreter aus Universitäten und Einrichtungen, die sich in einem sehr weiten Sinne als politisch verstehen“, behauptet Reinhard Stuth, der Leiter der K-A-S in Prag, seinerzeit in der CDU-Zentrale für die Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich. „Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet insbesondere mit Freunden zusammen“, ergänzt Stuth und konkretisiert: „Im Bereich der Parteien sind das die ODS, die KDU-CSL (die Klerikalen – e.h.) und die ODA, also die Parteien der Regierungskoalition.“

Sehr große Bedeutung mißt die Organisation der Deutschen in Westböhmen der Arbeit mit den Studenten der Westböhmisches Universität in Plzeň bei. „Inzwischen ist es fast zur Regel geworden, daß bei vielen Aktionen auch die Studenten der Pilsener Germanistik dabei sind ... Einen besonderen Höhepunkt stellte zum Abschluß des Sommersemesters die von Peter Becher (dem Vorsitzenden des Adalbert-Stifter-Vereins – e.h.) durchgeführte Stifter-Wanderung dar, an der eine starke Pilsener Abordnung teilnahm.“ Die schon erwähnte Frau Trepková meint, daß „dank der auch von der Organisation der Deutschen geförderten Maßnahmen die Westböhmisches



Stand der Organisation der Deutschen in Westböhmen beim Sudetendeutschen Tag 1995

Universität heute zu den bekanntesten wissenschaftlichen Einrichtungen der Tschechischen Republik gehört, die damit ebenfalls eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nachbarvölkern wahrnehmen kann“. Und vor allem: „Durch die vielseitigen Kontakte der Deutschen aus Pilsen konnte inzwischen ein großes Netz von Sponsoren geknüpft werden, die die Deutschstudenten zu Reisen, Aufenthalt und Veranstaltungen einladen.“

(e.h., Pilsen)



Tschechische Rassisten: Die Republikaner



Für die Abgeordneten des neuen tschechischen Parlaments, und zwar von den Kommunisten bis zu den Mitgliedern der regierenden rechten Parteien, war das erste Auftreten des Vorsitzenden der tschechischen Republikaner Miroslav Sládek ein Schock. „Unter unseren Bürgern nämlich gibt es die Meinung über die zigeunerische Population, wie ich gehört habe – ich zitiere: ‚Die Zigeuner sollten schon von ihrer Geburt an strafrechtlich verantwortlich sein, weil das praktisch ihr größtes Verbrechen ist.‘“ Sagte er und fügte hinzu, daß „die Zigeuner schon ab zehn Jahren strafrechtlich verantwortlich sein“ sollten. Laut dem tschechischen Grundgesetz kann man Abgeordnete für ihre Reden nicht bestrafen, höchstens können sie als „Disziplinarstrafe“ eine Geldstrafe bis zu 31200 Kronen (1733 DM) bekommen.

Der despotische und aggressive Chef der tschechischen rechtsextremen Partei „Vereinigung für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei“, die bei den letzten Parlamentswahlen von Ressentiments gegen Roma, aber auch vom primitiven Antigermanismus profitierte, stand zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Eine Woche vor seinem rassistischen Auftreten im Parlament hatte Sládek an einer Fern-

sehdiskussion teilgenommen, bei der sein Gegner, der bekannte Journalist und jetzige Abgeordnete für die Sozialdemokraten Pavel Dostál einige Dokumente vorlegte, die eindeutig beweisen, daß Sládek in den Jahren 1990/91 sehr bemüht um eine Zusammenarbeit mit den deutschen Reps war. Er hat an ihren Veranstaltungen teilgenommen, wo er u.a. sehr zugunsten der Sudetendeutschen gesprochen hat. Sládek hat damals angeführt, daß seine Partei in der damaligen Tschechoslowakei unterdrückt ist wegen ihrer positiven Ansichten über das Münchner Abkommen 1938. Er hat sich auch mit Franz Schönhuber getroffen, von dem er dringend eine finanzielle Hilfe forderte (alle diese Tatsachen bestätigte Schönhuber selber sowohl in seinem Buch als auch in einem Interview für das tschechische Fernsehen). Es ist aber eine unangenehme Sache passiert: Schönhuber hat nach Prag nur einige republikanische Werbematerialien statt Geld gesandt. Sládek hat sich beleidigt gefühlt und sofort damit begonnen, seine Politik auf andere Weise zu profilieren: Er (und seine Partei) war nicht nur extrem antikommunistisch, sondern wurde auch extrem antideutsch. Und diese Position, als „Verteidigung der nationalen Interessen“ verhüllt, zusammen mit dem Extremismus gegen Roma hat den Repu-

blikanern den politischen Profit einschließlich der Wahlstimmen gebracht.

Dank ihrer proklamierten „Verteidigung der nationalen Interessen“ sind die tschechischen Republikaner auch in die Strukturen des Klubs für das tschechische Grenzgebiet eingedrungen. Diese Organisation erklärte, daß ihre Grundmission sei, „den Nationalstolz zu wecken und zu entwickeln, der drohenden Gefahr der Germanisierung nicht nur der tschechischen Grenzgebiete, sondern auch des ganzen tschechischen Landes, der tschechischen Wirtschaft, Kultur und des Schulwesens vorzubeugen“, und daß nur einige politische Parteien die Unterstützung dieser Programmziele zum Ausdruck gebracht haben – und zwar alle linken Parteien (Kommunistische Partei Tschechiens und Mährens, Partei Linker Block, Partei der Demokratischen Linken und Partei der tschechoslowakischen Kommunisten) – und die Republikaner ... Vor allem im Zusammenhang mit den erwähnten Verhandlungen Sládeks in Deutschland ist die Tätigkeit der tschechischen Reps beträchtlich verdächtig. Sehr große Verlegenheit und Fragezeichen fordert auch

die Zusammenarbeit der extrem antikommunistischen Reps mit den Kommunisten bei der „Verteidigung der nationalen Interessen“ heraus.

Jetzt läuft in der Tschechischen Republik eine Unterschriftenaktion, die die Roma-Organisationen veranstalten und deren Ziel es ist, die Reps wegen ihres Rassismus zu verbieten. Der Abgeordnete Dostál kann sich über Mangel an Aufmerksamkeit nicht beklagen. Seine republikanischen Kollegen im Parlament schreien auf ihn „weißes Tschechien“ ein, und viele Leute (Journalisten eingeschlossen) interessieren sich plötzlich für seine Herkunft. „Ich bin ein Zigeunerjude“, antwortet der kraushaarige und dunkelhäutige Abgeordnete.

(e.h., Pilsen)



M. Sládek. Oben: Symbole der tschechischen (links) und der deutschen (deutsch) Reps: Ähnlichkeit ganz zufällig ...

Lega Nord proklamiert „Padania“

Maastricht nährt rechten Separatismus

Eingerahmt in ein mythologisches Spektakel vom Fluß Po als Gott, der seine Menschen rein halte, hat Bossi von der Lega Nord am 15. September in Venedig die „Unabhängige Republik Padanien“ mitsamt Übergangsverfassung und vorläufiger Regierung ausgerufen. Zu diesem von Bossi erfundenen „Padanien“ sollen – ganz ungefragt – alle Regionen Norditaliens zählen. Schritte eigener Staatlichkeit und damit der Bruch der italienischen Verfassung

eine schnelle Entscheidung um jeden Preis hintreibt, die Fragen und Widersprüche nicht zuläßt und viele mitreißen soll.

Bossi stützt sich zwar auf eine weit verbreitete Unzufriedenheit im Norden mit dem römischen Zentralstaat, der angeblich den produktiven Norden zugunsten des Südens aussauge. Aber andererseits wären auch die (in der Regel wohlhabenden) Anhänger Bossis ohne den italienischen Markt und den italie-

namens „Grünhemden“ gegründet und brüstet sich, viele Bewaffnete für einen „Marsch auf Rom“ mobilisieren zu können. Der Autonomist Bossi scheut sich nicht, auf den Faschisten Mussolini und dessen „Schwarzhemden“ anzuspähen.

International hat Bossi derzeit keine Unterstützung (in Venedig wurden lediglich einige Gäste aus Katalonien, Flandern und Kroatien vorgeführt; eine rechtsgerichtete Vertreterin aus Südtirol gab zu erkennen, daß sie der „Padania“ ein unabhängiges Südtirol vorzieht). Es gibt keine positiven Signale der EU für die Aufnahme einer „Republik Padanien“ wie seinerzeit gegenüber Kroatien. Der Sprecher des Präsidenten der EU-Kommission hat auf Bossis Aufnahmeantrag in die Währungsunion geantwortet, nur Staaten, nicht Regionen könnten nach dem Maastricht-Vertrag aufgenommen werden. Die maßgeblichen Kräfte der EU wie die Regierungen in Bonn und Paris suchen derzeit keine Nähe zu Bossi.

Aus all diesen Gründen könnte man meinen, daß Bossis Aktion bald die Luft ausgeht und sich die gesellschaftlichen Kräfte, auf die er sich stützen kann, verlaufen, sobald das Interesse an „Protest“ in Rom ausreichend angekommen ist. Wahrscheinlich ist es aber nicht so einfach.

Die Spaltung des Landes in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht ist groß und trotz der Mezzogiorno-Programme mit riesigen Transfers in den Süden eher noch gewachsen. Ein aussichtsreiches Entwicklungskonzept für den Süden gibt es nicht: Pläne für eine föderalistische Umgestaltung (die Kompetenzen der traditionellen Regionen sind beschränkt) kommen kaum voran. Vorurteile gegenüber den Menschen im Süden bis hin zum Rassismus, der die Probleme des Südens ethnisch begründet, sind im Norden verbreitet und sind das zentrale ideologische Element der Lega seit ihrer Gründung gewesen.

Und es ist ausgerechnet der sogenannte Einigungsprozeß Europas, der Italien zentrifugiert und den Nordseparatismus nährt. Das ist Bossis eigentliche Rechnung nach innen und nach außen: Wenn die „Padania“ im Unterschied zum Rest des Landes die Stabilitätskriterien von Maastricht erfüllt

und wenn sich dadurch die Chance auf Anschluß an den EU-Währungs- und Wirtschaftsraum auftut, dann wird die faktische Spaltung des Landes nicht mehr aufzuhalten sein. Dann gilt eben im Norden der „Euro“, vorbereitet durch die Währung der Lega, und im Süden nicht. Und auch für die praktische Politik auf diesem Weg, für seinen radikalen Liberalismus auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, spürt Bossi den Rückenwind aus Maastricht, auch ohne daß ihm Kohl und Chirac auf die Schulter klopfen. Deshalb wird Bossi auch nicht schnell die Luft ausgehen.

Ein Geschenk an die nationalistische Rechte

Unverhofften neuen Spielraum hat Bossis Aktion der nationalen Rechten von Alleanza nazionale verschafft. Nach dem Mißerfolg der letzten Parlamentswahl konnte AN in Mailand die erste große Kundgebung mit ca. 150 000 Teilnehmern organisieren und sich dabei staatstragend als Retter von Nation und Vaterland aufspielen, während die Mitte-Links-Regierung des Ulivo dem „secessionistischen Delirium“ nichts entgegenzusetzen habe.

Die Parteien der Regierungskoalition zeigten sich gegenüber den Aktionen der Lega unschlüssig und ratlos.

Sollte man sie ernst nehmen oder nicht? Sollte man gegen Bossi demonstrieren oder besser nicht? Ihn strafrechtlich belangen oder nicht? Schließlich verfolgen die Regierungsparteien einschließlich der Linksdemokraten (PDS) im wesentlichen eine Strategie der Nichtbeachtung, die die Lega aber in den nächsten Monaten nicht aufhalten würde.

An verschiedenen Orten mobilisierten Linke – Grüne, antirassistische Gruppen und selbstverwaltete soziale Zentren, Rifondazione comunista und gewerkschaftliche Gruppen – gegen die autonomistische (und die nationalistische) Rechte, für soziale und demokratische Interessen und für kulturelle Vielfalt. Viele spüren nämlich schon deutlich, wie die Lega mit der „padanischen Identität“ alles Vielfältige und Andere kritisiert und Solidarische plattmachen will. (rok)



Die Beteiligung der Lega-Anhänger an den Sezessionsaktionen (auf dem Bild in Venedig) blieb weit unter den Erwartungen und Ankündigungen Bossis. Zehntausend in Venedig und höchstens 150.000 entlang den Po registrierten die Behörden. Die angekündigte Menschenkette den Fluß entlang kam nicht zustande.

wurden angekündigt, die Regierung in Rom soll binnen eines Jahres in einem Vertrag die Teilung des Landes anerkennen, die Vereinten Nationen sollen die Padania ebenso aufnehmen wie die Europäische Union.

Bossis Unabhängigkeitsbestrebungen, die stets zwischen Sezession und Föderalismus hin- und herpendelten, haben damit einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Beteiligung an den Aktionen war zwar weit niedriger, als von Bossi erwartet und angekündigt. Der eingeschlagene Kurs zielt aber auf weitere Konfrontation.

Bossi: Stark oder hohl?

Niemand weiß, was aus diesem abenteuerlichen Poker wird. Zu vielschichtig und kompliziert sind die Widersprüche. Manches deutet darauf hin, daß das ganze Spektakel hohler ist, als es aussieht. Zwar ist die Lega im italienischen Norden über große Strecken die stärkste Partei, aber sie bringt es doch nicht auf mehr als 30%. Es ist keine Mehrheit, die hinter ihr steht. Bei Kommunalwahlen der letzten Zeit hat sie Einbußen erzielt, und bei der Wahl von Abgeordnetenversammlung und Senat im April konnte sie nicht die erhoffte entscheidende Rolle spielen. Insofern trägt Bossis Kurs Züge einer halbschmerzhaften Flucht nach vorn, die alles auf

nischen Staat nicht das, was sie sind. Dazu hier nur ein Beispiel: Der italienische Staat ist über Staatsschuldspapiere mit umgerechnet ca. 800 Mrd. DM bei seinen Bürgern verschuldet. Auf diese Kredite zahlt er hohe Zinsen, in den vergangenen Jahren ca. neun bis elf Prozent. Und auf diese hohen Renditen erhebt er keine Steuern. Nun sind aber diese Staatsschuldspapiere gerade im Norden am stärksten verbreitet; fast drei Viertel der Einkünfte aus ihnen fließen in den Norden. Gerade Bossis Anhängerschaft, die Mittelklassen des Nordens, profitieren von dieser Einrichtung des Zentralstaats, die ihnen Mittel aus dem Zentrum und dem Süden des Landes zufließen läßt.

Eine demokratische Legitimation hat Bossis Aktion auch nicht im mindesten. Weder das seitherige „Parlament“ in Mantua noch „Unabhängigkeitserklärung“, „Verfassung“ oder „provisorische Regierung“ haben eine demokratische Grundlage, sondern sind Schritte eines kleinsten Führungszirkels um Bossi selbst. Nicht einmal in der Lega selbst wird das Vorgehen diskutiert, sondern werden Bossis Anweisungen von oben nach unten entgegengenommen.

Wo es keine demokratische Legitimation gibt, müssen die anmaßenden politischen Schritte mit der Androhung von Gewalt versehen werden. Zu diesem Zweck hat Bossi eine Ordnungstruppe

In großer Pose verkündete Bossi in Venedig eine „Unabhängigkeits- und Souveränitätserklärung“, eine „Charta der Rechte der padanischen Bürger“, eine provisorische Regierung sowie eine Übergangsverfassung – nach Bossis eigenen Worten „ein Akt der Illegalität, aber jetzt kann uns niemand mehr aufhalten. Ein Jahr lang werden wir mit einer doppelten Legalität und doppelten Legitimität fahren; das wird ein schwieriges Zusammenleben sein, aber wir werden nie mehr Schritte zurück machen“. Eine Reihe formaler Akte wurde verkündet: eine weiß-grüne Staatsflagge mit keltischer Sonne und eigene Hymne; eine Justiz, die nur von Bürgern der Padania ausgeübt werde; eigenes Geld, das derzeit eins zu eins gegen italienisches getauscht werde; Beziehungen zum Ausland, eine „padanische Nationalgarde“, Steuern nur noch an die „Padania“, Regeln gegen die „Entstellung des uthisch-kulturellen Erbes“.



Am Sonntag, 1.9.1996, wurden in Montevideo insgesamt zwei Basisradios geschlossen und die Sendeanlagen beschlagnahmt. Bei einem weiteren Sender gab es eine Hausdurchsuchung, der kleine UKW-Sender wurden jedoch nicht gefunden.

Gegen 17 Uhr drangen Beamte der Behörde für Telekommunikation, die untersteht in Uruguay seit der Militärdiktatur dem Verteidigungsministerium, in das Haus im Stadtteil La Teja ein, wo Radio „El Puente FM“ sein Sendestudio installiert hatte. Der 25-Watt-Sender sowie die gesamte Studioeinrichtung (Mischpult, Mikrophone, Cassettengerät, CD Player) und die Antenne wurden mitgenommen. Kurze Zeit später bekam die Wohnungsbaukooperative COVITEA „Besuch“ von den Herren der Telekommunikationsbehörde. Dort übertrug gerade Radio „Teja Libre“ die Geburtstagsfeier der Selbsthilfekoorperative. Auch dieses Radio verlor an diesem Sonntag seine Sendeanlage.

Ganz offensichtlich war diese zweite Durchsuchungswelle, die erste fand bereits im Juni statt, eine koordinierte Aktion. Auch bei einem weiteren Basisradio (Alternativas FM im Stadtteil Belvedere) bekehrten die Beamten des Verteidigungsministeriums Einlaß, konnten jedoch keinen Sender finden.

Seit etwa einem Jahr kämpfen die kleinen Stadtteilsender und die Radios von sozialen Bewegungen um ihre Anerkennung. Die Regierung nennt sie klandestine, illegale oder gar subversive Sender, weil sie über keine offizielle Sendelizenz verfügen. In mehreren Schriftwechseln gegen den Schließungsbescheid begründeten die AlternativfunkerInnen von „El Puente FM“ ihr legitimes Recht auf freie Meinungsäußerung und verlangen Sendefrequenzen für alle Basisradios. Acht Sender haben sich inzwischen zu einer Koordination der Radios Comunitarias zusammengeschlossen.

„Wir haben bereits im Februar unsere Rechtsauffassung im Widerspruch gegen den Schließungsbescheid der Telekommunikationsbehörde dargelegt und nie eine Antwort darauf bekommen“, erklärte Gustavo Gómez von Radio Puente FM aus dem Stadtteil La Teja. Die AlternativfunkerInnen berufen sich auf internationales Rechtsabkommen über

Kommunikationsmedien und freie Meinungsäußerung, z.B. das Abkommen von San José/Costa Rica, und sie verlangen die Anerkennung von nicht-kommerziellen Medien (Radios und TV) als dritte, gleichberechtigte Eigentumsform neben den privaten und den staatlichen Massenmedien.

„Unsere Radios waren und sind keine

Basisradios gegen Repression Regierung Uruguays beschlagnahmt Anlagen

klandestinen Sender ... sie sind auch keine Piratensender, sie sind die Stimme der Nachbarn und der Jugendlichen aus unserem Stadtteil. Die Stimme derjenigen, die sonst in den Medien nur im Polizeibericht erscheinen oder wenn sie Opfer eines schweren Unfalls sind...“, heißt es in einer Erklärung der Basisradios.

Kleine UKW Stationen von sozialen Bewegungen und Stadtteilsender sind im uruguayischen Mediengesetz nicht vorgesehen. Die AlternativfunkerInnen sehen darin eine Gesetzeslücke und sie fordern die Anerkennung der Community Radios. Unterstützt werden sie dabei auch von namhaften Juristen der staatlichen Universität, zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen, dem Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT und zahlreichen Basisorganisationen in Uruguay. Auch das Links-Bündnis Frente Amplio forderte die Regierung auf, die Radios Comunitarias anzuerkennen, so wie das in fast allen anderen lateinamerikanischen Ländern schon lange der Fall ist.

Am kommenden Samstag wird „Radio Puente FM“ vom zentralen Platz Lafone im Stadtteil La Teja senden. In eine Presseerklärung laden die jungen AlternativfunkerInnen alle NachbarInnen und Freunde des Radios dazu ein:

„Das Verteidigungsministerium hat unsere Sendeanlage konfisziert und darüber hinaus einen Störsender auf unsere Frequenz geschaltet. Dieses Mal müssen wir zeigen, daß La Teja nicht verstummt ist, daß der Stadtteil präsent

ist und das Radio weitersendet ...“

Schon vier Tage vorher sind die Häuserwände im Arbeiterstadtteil La Teja vollgespritzt mit dem Termin für die öffentliche Radiosendung von El Puente FM. Hinter den Kulissen mobilisieren derweil die RadiomacherInnen, geben Interviews in den Medien und suchen Bündnispartner und UnterstützerIn-

nen. Die jungen RadiomacherInnen von „El Puente FM“ sammelten innerhalb von nur vier Tagen knapp 2000 Unterschriften gegen die Schließung ihres Radios und veranstalteten am vergangenen Samstag eine öffentliche Radiosendung vom zentralen Platz im Arbeiterstadtteil La Teja. Die NachbarInnen aus dem Stadtteil, Musikgruppen, andere Stadtteilradios, Vertreter von Gewerkschaften, Basisorganisationen und mehrere Parlamentarier waren zur Plaza Lafone gekommen, um ihre Solidarität mit „El Puente FM“ zu bekunden.

Wenige Stunden später, am Samstag, den 7.9.1996, beschlagnahmten Beamte der Behörde für Kommunikation (= DNC), die untersteht seit der Militärdiktatur dem Verteidigungsministerium, die Sendeanlage von Radio FEUU. Radio FEUU ist der Sender des uruguayischen StudentInnenverbandes.

Das Basisradio (ohne offizielle Sendelizenz) hatte an diesem Samstag das Sendestudio im Gewerkschaftslokal der Reifenfabrik FUNSA installiert. Die StudentInnen waren auf Sendung als gegen 17 Uhr die Beamten der DNC, begleitet von Polizei und einem Anwalt, den Hausdurchsuchungsbescheid vorlegten und den 300-Watt-UKW-Sender, sowie einige Studiogeräte (Mikrofone, 3 CD-Player, Antenne, Kabel etc.) beschlagnahmten. Der Wert der verlorenen Anlage wird von den AlternativfunkerInnen auf rund 4000 US\$ geschätzt.

Der StudentInnenverband rief sofort

zu einem Unistreib und zu Vollversammlungen in den verschiedenen Universitätsfakultäten auf. Die Koordination der Basisradios, dort sind mittlerweile 9 alternative Radiostationen organisiert, fordert von der uruguayischen Regierung mehr Flexibilität in der Medienpolitik und die Legalisierung von Stadtteilsendern und von Nicht-Kommerziellen Radios von sozialen Bewegungen. Unterstützung erhielten sie hierbei auch von namhaften Juristen, von Parlamentsabgeordneten und von internationalen Organisationen wie z.B. dem Weltverband der Community Radios; AMARC. In verschiedenen Solidaritätsbriefen wird die uruguayische Regierung aufgefordert, den Basisradios einen gleichberechtigten Stellenwert einzuräumen wie Staatsradios und privaten Radiostationen. In zahlreichen lateinamerikanischen Ländern ist das bereits medienpolitischer Alltag, außerdem bestätigt durch mehreren internationalen Konferenzen (z.B. Pakt von San José / Costa Rica; Konferenz von Santiago de Chile; 1994), an denen auch Uruguay teilgenommen hat. Scharfe Kritik muß sich die uruguayische Regierung auch gefallen lassen, weil seit den Zeiten der Militärdiktatur (1973-1985), die Kommunikationsmedien der Kontrolle des Verteidigungsministeriums unterstellt sind. Dies widerspricht eindeutig der uruguayischen Verfassung.

Auch der Weltverband der Community Radios, AMARC, protestierte inzwischen gegen die repressiven Maßnahmen der uruguayischen Regierung. Er forderte die sofortige Rückgabe der beschlagnahmten Sendeanlagen und die Anerkennung der Basisradios. AMARC rief dazu auf Protestschreiben an den uruguayischen Präsidenten Dr. Julio Mario Sanguinetti zu schicken.

Anschrift:

Senor Presidente de la República Oriental del Uruguay
Doctor Julio Maria Sanguinetti
Casa de Gobierno - Edificio Libertad
Av. Luis Alberto De Herrera 3050/3350
Montevideo
ROU-Uruguay
Fax: + 598 2 47 34 21

(Nach: Presseservice COMCOSUR)



Anfang August fand in La Realidad, Chiapas, auf Einladung der Zapatistas das Erste Interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus statt. Delegationen waren gekommen aus Italien, Brasilien, Großbritannien, Paraguay, Chile, Philippinen, Deutschland, Peru, Argentinien, Österreich, Uruguay, Guatemala, Belgien, Venezuela, Iran, Dänemark, Nicaragua, Zaire, Frankreich, Haiti, Ecuador, Griechenland, Japan, Kurdistan, Irland, Costa Rica, Kuba, Schweden, Holland, Südafrika, Schweiz, Spanien, Portugal, Vereinigte Staaten, Baskenland, Türkei, Kanada, Puerto Rico, Bolivien, Australien, Mauretanien und Mexiko. Die Dokumente des Treffens erschienen jetzt in „Land und Freiheit“ Nr. 27 vom 5.9.96. Wir dokumentieren auszugsweise die Zweite Erklärung des Treffens.

Zweite Erklärung von La Realidad für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus

In Erwägung, daß wir
Gegen die Internationale des Todes, gegen die Globalisierung des Krieges und

der Rüstung sind.
Gegen Diktatur, Autoritarismus und gegen Repression.
Gegen die Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung, gegen den Hunger, gegen die Armut, gegen den Raub, gegen die Korruption.
Gegen das Patriarchat, gegen die Ausländerfeindlichkeit, gegen die Diskriminierung, gegen den Rassismus, gegen das Verbrechen, gegen die Zerstörung der Umwelt, gegen den Militarismus.
Gegen die Dummheit, gegen die Lüge, gegen die Ignoranz.
Gegen die Sklaverei, gegen die Intoleranz, gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Marginalisierung, gegen das Vergessen.

Gegen den Neoliberalismus

In Erwägung, daß wir:
Für eine Internationale der Hoffnung, für einen neuen, gerechten und würdigen Frieden sind.

(...) Für die Menschheit.

Erklären wir:

Erstens: Daß wir ein kollektives Netz aller unserer spezifischen Kämpfe und Widerständigkeiten schaffen werden. Ein internationales Netz des Widerstands gegen den Neoliberalismus, ein internationales Netz des Widerstands für die Menschheit.

Das internationale Netz des Wider-

stands strebt danach, mit anderen Widerständigkeiten aus aller Welt zusammenzukommen, indem es Unterschiede anerkennt und Gemeinsamkeiten erkennt. Dieses internationale Netz des Widerstands ist das Mittel, mit dem sich verschiedene Widerständigkeiten gegenseitig unterstützen. Dieses interkontinentale Netz ist keine organisatorische Struktur, es besitzt weder ein Leitungs- noch ein Entscheidungszentrum, es besitzt weder eine zentrale Befehlsgewalt noch Hierarchien. Das Netz sind wir alle, die wir Widerstand leisten.

Zweitens: Daß wir ein Kommunikationsnetz zwischen allen unseren Kämpfen und Widerständen schaffen werden. Ein interkontinentales Netz alternativer Kommunikation gegen den Neoliberalismus, ein interkontinentales Netz alternativer Kommunikation für die Menschheit.

Dieses interkontinentale Netz alternativer Kommunikation wird versuchen, die Verbindungen zu knüpfen, damit das Wort alle Wege beschreiten kann, die Widerstand leisten. Dieses interkontinentale Netz alternativer Kommunikation wird das Mittel sein, damit die verschiedenen Widerstände miteinander kommunizieren können.

Dieses interkontinentale Netz alter-

nativer Kommunikation besitzt weder ein Leitungs- noch ein Entscheidungszentrum, es besitzt weder eine zentrale Befehlsgewalt noch Hierarchien. Das Netz sind wir alle, die wir Widerstand leisten.

(...)

Wir schlagen vor, diese Erklärung in der ganzen Welt zu verteilen und daß zumindest in den hier vertretenen Ländern eine Befragung mit der folgenden Frage durchgeführt wird: „Bist du damit einverstanden, die Zweite Erklärung von La Realidad für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus zu unterzeichnen?“

Wir schlagen vor, daß diese „Internationale Befragung für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus“ auf allen Kontinenten während der ersten beiden Dezemberwochen dieses Jahres durchgeführt wird. (...)

Gleichzeitig schlagen wir vor, daß wir bereits jetzt schon zum

Zweiten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus aufrufen.

Wir schlagen vor, daß dieses Treffen in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 durchgeführt wird und der europäische Kontinent der Veranstaltungsort sein soll. (...)

Großraumwirtschaft im Ostseeraum

Seminar und Veranstaltung zum Antikriegstag 1996 in Kiel

Kiel. Die „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei der PDS SH“ führte neben einer Veranstaltung zum Antikriegstag ein Seminar zu den „Deutschen Europastrategien im Mare Balticum und den Aufgaben der Linken gegen die Rekolonisierung des Ostens“ durch. Zur Vorbereitung konnte in Zusammenarbeit mit avanti/Projekt undogmatische Linke Material zur Strategie gesammelt werden, so daß drei Fragen zur Diskussion standen:

1. Wie kann ein Austausch mit linken Meinungen aus den osteuropäischen Ländern gelingen, um eine gemeinsame linke Lesart gegenüber der Ausweitung der EU zu schaffen?

2. Wie sieht die Entwicklung der militärischen Strategie bei der NATO-Osterweiterung aus, welche Bedeutung hat sie, was kann dagegen getan werden bei der Rekolonisierung des Ostens, und wie ist sie praktisch zu bekämpfen?

3. Wie groß ist die Rolle des offenen Revanchismus?

Zur ersten Frage wurde die Strategie im Ostseeraum bei der EU-Erweiterung erörtert. Dabei gibt die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Engholm angezielte „Ostseekooperation“ die Richtung an. Er selbst hatte dieses 1992 thesenhaft formuliert: „Die europäischen Großregionen werden sich nicht mehr allein nach nationalstaatlichen Grenzen richten. Wollte man mit dem Begriff an Vergangenes anknüpfen, dann hieße eine der neuen europäischen Großregionen >Hanse<... Hanse steht für die Vereinheitlichung von Handels- und Rechtsnormen rund um die Ostsee; für, wenn man so sagen will internationale Arbeitsteilung, also für das Prinzip des Weltmarktes; ... Wenn also heute von einer >neuen Hanse< die Rede ist, dann geht es nicht um die Renaissance des nordischen Baubau, sondern um nordeuropäische Zusammenarbeit auf höchstmöglichem Niveau innerhalb eines arbeitsteiligen Weltmarktes.“ Unterschiedliche Einschätzungen gab es bei der Frage, ob es sich hier um einen Ansatz einer regionalen Wirtschaftsform handele, bzw. ob nicht grundsätz-

lich die Politik einer europäischen Großregion im Ostseeraum abzulehnen wäre. Das Material gab über die Auswirkungen, bzw. welche Kritik gibt es in den baltischen Staaten zu der von den EU-Strategen angestrebten Freihandelszone, wenig her. Einig war man sich allerdings darüber, daß es um Dominanz im Ostseeraum gehe. Festzustellen war auf jeden Fall, daß die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen insbesondere, was die der Baltischen Staaten und Polen zu Rußland betrifft, abnehmen. Um die Frage der Regionalisierung zu beantworten, müßte eine genauere Untersuchung über die EU-Politik im Ostseeraum angestrengt werden. Eine Regionalisierung der Steuerpolitik und damit eine Umdrehung der jetzigen Besteuerung der Region durch den Zentralstaat wäre nachdenkenswert.

Auf welche Situation diese EU-Ausdehnung in Polen trifft, darüber konnte der Beitrag des Vorsitzenden des Bundes polnischer Kommunisten, Zbigniew Wiktor, zum Teil Anhaltspunkte liefern. (Siehe auch Interview Seite 13/14 dieser Ausgabe). Der Bund Polnischer Kommunisten, der nach der Zerschlagung des Sozialismus in Polen eine Neuformierung von unten anstrengt, sieht die Absicht Deutschlands, Polen als „ökonomischen Satelliten“ auszugestalten. Widerstand formiere sich vor allem in der „Allianz der demokratischen Linken“ an der der Bund polnischer Kommunisten beteiligt ist.

Zur Frage der militärischen Strategie gab Fred Fleischer von der „Interessengemeinschaft EntRüstung Rostock“ einen Überblick über die Initiativen einer „militärfreien Ostsee“. Er kam zu dem Ergebnis, daß die EU-Ausdehnung und ihre Befürworter mit der Forderung nach konsequenter Abrüstung konfrontiert werden müssen, um ihre friedlichen Absichten auf den Prüfstand zu stellen. Eine weitergehende Diskussion kam wegen der Kürze der Zeit nicht zustande. Hier liefert aber das Material Hinweise, daß mit der EU-Erweiterung gerade die WEU versucht, militärische Operationen im Ostseeraum für zu erwartende

Konflikte, insbesondere gegenüber Rußland, durchführen zu können.

Zur dritten Frage referierte Helmut Schröder vom Bürokollektiv Ulla Jelpke MdB/PDS über den Bund der Vertriebenen, den Geschichtsrevisionismus und die Neue Rechte. Dabei wurden die Verstrickungen bis ins konservative Lager deutlich, insbesondere die finanzielle Förderung. Das Bürokollektiv sammelt in der Frage Material, und ein Informationsfluß könnte intensiviert werden. In Polen wird die Politik der Revanchistenverbände als ernsthafte Gefahr angesehen. Gerade die Stärkung der Einrichtungen deutscher Minderheiten mit Sachmitteln schaffe ein erhebliches Ungleichgewicht. Möglichkeiten, hiergegen vorzugehen, wurden diskutiert. In Polen gibt es Komitees, die zur Erhaltung der Westgrenze Polens aufrufen und antirevanchistische Politik vor Ort machen. Hier könnte eine Verbindung hergestellt werden. Deutlich wurde in der abschließenden Diskussion, daß die EU-Erweiterung, und damit die Bildung von Euroregionen in direktem Zusammenhang mit den dort sich befindenden deutschen Minderheiten steht.

Auf der Veranstaltung stellte Zbigniew Wiktor neben der historischen Rolle des Antikriegstages die geschwächte Position des polnischen Staates aufgrund seiner ökonomischen Situation in den Vordergrund. Er betonte gegenüber der EU-Ausdehnung und NATO-Osterweiterung eine Politik der „aktiven Neutralität“. Die Einschätzung der aggressiven Rolle der deutschen Minderheit wurde in einem zweiten Beitrag von Hans-Rüdiger Minow gestützt. Dieser ist Verfasser des Buches „Deutschtum erwache“, aus dem staatlichen Innenleben des Pan-germanismus“. Minow hatte vor einem Jahr der internationalen Presse Informationen zukommen lassen, in welchem die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) selbst sowie mit ihr verbundene Einrichtungen (wie der bei Bonn ansässige „Verein für das Deutschum im Ausland“ VDA) als „offenkundige Tarnorganisation der deutschen Außenpolitik“ in der „Tradi-



tion großdeutscher Aktivitäten der Weimarer Zeit und Nazi-Deutschlands“ entlarvt wurden. Schließlich sei die FUEV bemüht, den Minderheitenschutz als internationale und nicht ausschließlich innere Angelegenheit eines Staates anerkannt zu wissen. Der von der FUEV geforderte Volksgruppenschutz ist eine „Gebrauchsanweisung für die Inszenierung schwerer Konflikte“. Somit rückte er auch das zur Zeit in Flensburg im Entstehen begriffene „Europäische Zentrum für Minderheitenfragen“ in den Mittelpunkt seiner Kritik. Die FUEV hat nicht nur dort ihren Hauptsitz, sie ist auch direkt daran beteiligt.

Ein abschließender Beitrag von Ralf Küppers vom Landesverband des DFG/VK konnte nur ansatzweise zu Fragen der Entmilitarisierung der Ostsee Anhaltspunkte liefern. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich dann zur Einschätzung der aggressiven Rolle dieser Minderheitenpolitik.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Der Versuch, die EU-Ausdehnung und NATO-Osterweiterung im Zusammenhang mit der revanchistischen deutschen Minderheitenpolitik hatte eine Menge Material und die Vorstellung bisheriger praktischer politischer Ansätze in der Diskussion zu bewältigen. Das Spektrum der Beteiligten war ermutigend, so daß Teile der produzierten Ideen weiterverfolgt, und weitere Kontakte möglicherweise zu polnischen Gewerkschaften geknüpft werden können.

ruß

1946 – 1996:

50 Jahre VVN-Bund der Antifaschisten Landestreffen der VVN-BdA NRW

Samstag, den 19. Oktober ab 13 Uhr
im Ringlokschuppen, Am Schloß Broich 38, Mülheim/Ruhr mit
Ausstellungen, Informations- und Bücherständen der Kreisvereinigungen und der Archive der VVN-BdA

ab 15 Uhr Geburtstagsfeier

Es spricht: Jupp Angenfort, Landesvorsitzender
Es spricht mit: Elise Bozic, Sonja Gottlieb, Dieter Dehm, der Oberhausener Gewerkschaftschor.
Eintritt frei. Der Kauf eines 5 DM-Erinnerungsbuttons gilt als Spende für die VVN-BdA.

ab 19.30 Uhr

Treffen der Internationalen Solidarität – Konzert mit der chilenischen Gruppe „Resistencia“, türkisch-kurdischen Gruppen und der afrikanischen Gruppe „Adesa“,
Eintritt 15,- DM

50 JAHRE



Auszeichnung für Bouteiller

Lübeck. Die „Deutsche Sektion der IPP-NW/Ärzte in sozialer Verantwortung“ hat 1996 dem Lübecker Bürgermeister, Michael Bouteiller, die Clara-Immenwahr-Auszeichnung verliehen. Damit würdigten sie den persönlichen und mit der Autorität seines Amtes versehenen Einsatz, daß die Hinterbliebenen der Brandkatastrophe der Bestattung ihrer Angehörigen in den Heimatländern beiwohnen und anschließend ohne Nachteil für ihren Aufenthaltsrechtlichen Status wieder in die Bundesrepublik einreisen konnten. Die Auszeichnung wurde geschaffen, um Personen zu würdigen, die sich in ihrem Beruf, an ihrem Arbeitsplatz ungeachtet persönlicher Nachteile aktiv für Menschlichkeit und friedliches Zusammenleben und gegen lebensfeindliche Bedrohungen eingesetzt haben.

aus Elmshorner Gegensätze, aal

Gegen Wehrmachts-Ausstellung

München. Der Vorsitzende des FPÖ-nahen „Bund freier Bürger“ und Münchener Stadtrat Manfred Brunner hat sich gegen die Durchführung der Ausstellung

„Verbrechen der Wehrmacht“ im lokalen Stadtmuseum ausgesprochen. Bei der Ausstellung, die einen Höhepunkt einer „Hetzjagd gegen die Wehrmacht“ darstelle, würden die „Toten herabgewürdigt“, so Brunner.

aus Antifaschistische Nachrichten, hms

Freisoziale Union machte Veranstaltungen in NRW

Köln. „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“ Zu diesem Buch von Hermann Benjes und mit einem gleichnamigen Diavortrag führte die Freisoziale Union am 10. September im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld eine Veranstaltung durch, um für ihren sogenannten „dritten Weg“ zu werben „jenseits von Marxismus und Kapitalismus“. Die „Freisoziale Union“ (FSU), unterhält gute Kontakte zur NPD und zum „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL).

Wiederholt traten Theoretiker der FSU bei Vorträgen im „Collegium Humanum“ des WSL auf. Etliche Mitglieder der 1952 als NSDAP-Nachfolgepartei verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) schlossen sich der FSU an. In der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Der Dritte Weg“ wirbt der DAV für sei-

Schill-Denkmal verhüllt

Aktion Braunschweiger Antifaschisten

Braunschweig. Am Samstag, den 31.8.96, haben das Antifaschistische Plenum und die Jugend Antifa Aktion (JAA) das Braunschweiger Schill-Denkmal verhüllt. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Polizei einen vorhergehenden Versuch, das Schill-Denkmal zu verhüllen, verhindert.

Der 31.8. wurde als Vortag zum Anti-Kriegstag zum Anlaß genommen, auf die militärische Heldenverehrung hinzuweisen, die die Stadt Braunschweig seit Jahrzehnten alljährlich am sog. „Volks- trauertag“ gemeinsam mit Militaristenverbänden und faschistischen Organisationen, wie z.B. der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, begeht. 1995 beteiligte sich daran auch die NPD. In den letzten beiden Jahren behinderten AntifaschistInnen diese „Ehrung“ der Gefallenen der faschistischen Wehrmacht massiv und gedachten der im an-

grenzenden Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme ermordeten Häftlinge.

In beiden Jahren griff die Polizei die Veranstaltungen der AntifaschistInnen an. Das Verwaltungsgericht in Braunschweig erkannte 1995 den Angriff der Polizei für rechtswidrig. Auch in diesem Jahr ist keine Änderung der Politik der Stadt Braunschweig bezüglich der militaristischen „Heldenverehrung“ abzusehen.

Das Antifaschistische Plenum und die Jugend Antifa Aktion (JAA) werden auch weiterhin der Verdrehung der Geschichte entgegenzutreten, die die faschistischen Täter zu Opfern stilisiert. Weitere Aktionen gegen die geschichtsrevisionistische Politik der Stadt Braunschweig sind geplant.

Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion

Schließung von Bücherhallen

Proteste in Hamburg gegen Kürzungen

Hamburg. Durch die Kürzungen im Kulturbudget sollen die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (HÖB) in den nächsten Jahren 5 Millionen DM einsparen. Dies geht nach den Plänen der Leitung nur, wenn Bibliotheken aufgegeben und zusammengelegt werden, wovon 20 Standorte in Hamburg betroffen wären. Obwohl die HÖB seit 1994 bereits 40 Stellen abgebaut haben und 750.000 DM für Medienmittel eingespart haben, sind sie auch nach der Darstellung der Betriebsratsvorsitzenden Karin Werner derartig im finanziellen Würgegriff, daß Schließungen nicht zu verhindern seien. Nur noch massiver Druck auf die Politik könne helfen.

In den Stadtteilen und in der Öffentlichkeit entwickelt sich Protest gegen diese Pläne. 60 Künstler und Autoren, unter ihnen Sabine Christiansen, Inge Meysel und Siegfried Lenz, wandten sich mit einem offenen Brief an den Senat, worin sie ihn aufforderten, die Schließung von vierzig Prozent der öf-

fentlichen Bücherhallen als einen „unvorstellbaren Einschnitt in ein gut funktionierendes System kultureller Grundversorgung“ zu verhindern. In der vergangenen Woche demonstrierten über 400 Menschen vor dem Rathaus und forderten: „Wir wollen dort Bibliotheken haben, wo wir wohnen“. Die Bücherhallen in den Stadtteilen, wo sie oft die einzigen Kultur- und Freizeitangebote sind, dürfen nicht geschlossen werden. Es scheint allerdings so, daß, nach den Äußerungen von Senatsdirektor Plagemann von der Kulturbehörde sowie Vertretern von SPD und STATT-Partei auf einer Podiumsdiskussion der Bücherhallen-Initiative Winterhude Mitte August, diese fest entschlossen sind, die Schließungen auf der Tagung des Verwaltungsrats am 9. September durchzuziehen.

aus Lokalberichte Hamburg, ulj



Kriminalisierung auf kaltem Weg

Stopp des Mietzuschusses gescheitert

Essen. Einen deutlichen Dämpfer erhielt Sozialdezernent Herber vom Sozialausschuß des Stadtrates am 5.9.1996. Mit den Stimmen von SPD-Mehrheit und Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt der Ausschuß dem Stadtrat, den zugesagten Mietzuschuß für den Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein nicht auszu zahlen.

Herber hatte eben dies in einer Beschlusvorlage beantragt. Der Mietzuschuß beträgt rd. 7700 DM. Die Nichtauszahlung würde die Arbeit des Vereins - von Alphabetisierungs- bis zu Handwerkskursen, von Informationen über die Lage in Kurdistan bis zur Hilfe für Flüchtlinge - akut gefährden und der kurdischen Bevölkerung in Essen einen selbstbestimmten Treffpunkt nehmen.

Die Begründung der Nichtauszahlung klingt wie aus der Feder des Staatsschutzes. Herber bezieht sich auf ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der PKK, das die Staatsanwaltschaft Dortmund gegen drei Mitglieder des Vereins betreibt (wir berichteten über die Durchsuchung des Vereins im Juni). Herber: „Eine Auszahlung des Zuschusses kann erst dann erfolgen, wenn mit der Staatsanwaltschaft Dortmund geklärt ist, daß keine Verbindungen zur verbotenen türkischen Arbeiterpartei PKK bestehen.“ Dabei wird bisher nur ermittelt, und das noch nicht einmal gegen den Verein als Ganzes. Will Herber durch den Entzug des Mietzuschusses ein Vereinsverbot ohne Beweise vollstrecken? Soll einmal mehr unter dem Deckmantel des PKK-Verbotes jede Regelung für kurdische Interessen unterbunden werden?

Erfreulicherweise stieß das Ansinnen auf Protest. Walter Wandtke, grüner Ratsherr und Vorstandsmitglied im Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein, unterstrich in einer Stellungnahme die Forderung nach Aufhebung des sog. PKK-Verbotes und fährt fort:

„Aber auch unter den Bedingungen dieses PKK-Verbotes kann nicht hingenommen werden, daß ganze kurdische Vereine keine kommunale Förderung mehr erhalten sollen, weil möglicherweise einzelne Vereinsmitglieder mit der PKK sympathisieren könnten. Um bei

einem Essener Beispiel zu bleiben, dem >Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten< wurden die städtischen Mittel auch nicht gesperrt, obwohl hier sogar über Jahre hinweg prominente Vereinsmitglieder und Geschäftsführer krimineller Handlungen zu Lasten von Stadt und Land überführt wurden. Bei den Kurden soll schon der bloße Verdacht von PKK-Unterstützern innerhalb des Vereins ausreichen, sämtliche Zuschüsse zu sperren. Pech wohl für die kurdische Solidaritätsarbeit, daß dort keine SPD-Mitglieder im Vorstand sind.“

Gute Fragen, fand ein Redakteur im NRZ-Lokalteil.

Solidarität erwiesen dem Verein auch 95 Menschen auf dem Friedensfest am 1.9. im Schloßpark Borbeck. Sie unterstützten eine Unterschriftenliste und forderten die Auszahlung des Mietzuschusses. Daß so viele Unterschriften in so kurzer Zeit zusammenkamen - darunter die der Sprecher/innen von Pro Asyl/Flüchtlingsrat und des DGB-Kreisvorsitzenden - zeigt deutlich die gewachsene Unterstützung für die kurdische Sache. Leider blieb Sozialdezernent Herber unbeindruckt und hielt seinen Antrag aufrecht. Sehr zur Freude der nationalistischen Mehrheitsfraktion „Türkische Allianz“ im Ausländerbeirat, der alles kurdische zuwider ist. Gegen den heftigen Protest der Vertreter von Grünen und SPD stimmte sie der Vorlage am 3.9. zu.

Bis zuletzt versuchte Herber, die Streichung des Zuschusses für den Deutsch-Kurdischen Solidaritätsverein auch im Sozialausschuß durchzusetzen. Er schlug vor, eine Stellungnahme des zuständigen Staatsschutzkommissariates der Staatsanwaltschaft Dortmund abzuwarten, vielleicht sei dem Verein ja doch noch Unterstützung der PKK nachzuweisen. Der Sozialausschuß folgte dieser staatschützlerischen Auffassung in seiner Mehrheit nicht. Für das politische Klima in dieser Stadt wäre es wichtig, wenn sich auch der Stadtrat seine Beschlüsse nicht vom Staatsschutz diktieren ließe. Die entscheidende Stadtratssitzung findet am 25.9.1996 statt. *aus Lokalberichte Essen, syb*

ne neofaschistische Mini-Gewerkschaftsorganisation mit Anzeigen, die auch in Dr. Freys „Deutscher Wochenzeitung“ zu finden sind (siehe ausführlicher Artikel in AN 14/96). Obwohl das Bürgerzentrum über diese Hintergründe informiert wurde, fand die Veranstaltung statt. Nur wenige Besucher nahmen teil. Außer für die Kölner Veranstaltung lud das Einladungflugblatt, das ein „Bezirksverband Köln der FSU“ in Umlauf gebracht hatte, ein zu Veranstaltungen in Overath, Leverkusen und Bonn-Bad-Godesberg. Der Bezirksverband firmiert unter einer Postfachnummer, verantwortlich zeichnete ein H. Kadereit. u.b.

Innenminister genehmigt Kurden-Demonstration

Neumünster. Etwa 7000 Kurden und Kurdinnen demonstrierten am 7.9. zum Jahrestag der Tötung des Kurden Seyfettin Kalan durch rechte Türken vor einem Jahr in Neumünster. Nach längeren Vorverhandlungen war die Demonstration mit Zustimmung des Innenministers Wienholtz genehmigt worden. Die zugesagte deeskalierende Haltung wurde bis auf die gezielte Filmerei von Fahnenträgern etc. und die angekündigte

Kontrolle der Personalien der betroffenen Personen auch eingehalten. Auf der Auftaktkundgebung sprach Angelika Beer, zum Abschluß Pastor Arndt aus Hamburg sowie ein Vertreter des PDS-Landesverbandes. Ein reichhaltiges kurdisches Kulturprogramm beendete die gelungene Veranstaltung, die in den regionalen Medien ein erfreulich positives Echo erreichte. *uga*

50 Jahre DGB in Baden-Württemberg

Stuttgart. Am 15. September feierte der DGB Baden-Württemberg in Kornwestheim sein fünfzigjähriges Bestehen. Am 1. September 1946 waren in der Kantine der Salamanderwerke in Kornwestheim 160 Delegierte aus den örtlichen und regionalen Gewerkschaftsbünden versammelt, die sich nach zwölf Jahren Gewerkschaftsverbot unter der Nazi-herrschaft wieder organisiert hatten. In ihrer Entschließung hieß es, daß die Gewerkschaften in ihrem Endziel um eine sozialistische Wirtschaft kämpfen. Sie forderten einen baldigen Friedensschluß, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, den Schutz der sozial Schwachen in der Währungsreform, ein

Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen, das Verbot der Herstellung von Kriegs- und Rüstungsmaterial und die Kontrolle der Gewerkschaften darüber, eine gerechte Verteilung der Güter und strikte Einhaltung des Preisstopps, da sonst der Lohnstopp nicht tragbar sei. Die Versammlung konstituierte sich als Gründungsversammlung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden.

Bei der Fünfzig-Jahr-Feier war der Saal nicht voll. Der DGB hatte 300 ausgewählte Leute eingeladen, ca. 150 waren gekommen, darunter als einziger ausländischer Kollege der Migrationsbeauftragte und eine Handvoll junge Menschen. 1946 nahmen der Ministerpräsident und Minister des Landes, Vertreter der Militärregierung und der Parteien teil. 1996 war von der Landesregierung niemand da, die CDU und die Grünen fehlten unentschuldig. Der Versammlungsleiter begrüßte den stellvertretenden Landtagspräsidenten Birzele (SPD), eine Vertreterin der FDP und den PDS-Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf. Das Presseecho war sehr schwach. Eine politische Entschließung gab es 1996 nicht. Die Rede des DGB-Vorsitzenden Pommerenke gab einen geschichtlichen Abriss, er appellierte an die

Regierung, den sozialen Frieden nicht zu gefährden, und kündigte die Verteidigung der Lohnfortzahlung an. Mit welchen Mitteln dieser Kampf geführt werden soll, erläuterte er nicht. Eine andere Politik müsse durchgesetzt werden, sprich die SPD in die Regierung.

Dagegen war die Hauptrede von Jakob Moneta, ehemals Redakteur der „metall“, sehr kämpferisch. Er verglich die heutige Situation mit der in der Weimarer Republik und zeigte Unterschiede und Lehren auf: Durch den mutigen Kampf gegen den Kapp-Putsch rettete Karl Legien nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Republik. Durch die Anpassung an die Macht, an Hindenburg und Hitler, führte der ADGB seinen eigenen Untergang herbei und besiegelte die Niederlage des Widerstandes. Durch den Appell an die Macht werden heute weder der Sozialabbau noch reaktionäre Politik verhindert.

Besonderen Beifall erhielt Moneta für die Aussage: „Statt den jeweiligen ‚nationalen Standort‘ im Bündnis mit den ‚eigenen‘ Kapitalinteressen zu verteidigen, könnten die Gewerkschaften durch international koordinierte Aktionen die antisoziale und anti-gewerkschaftliche Strategie des globalisierten Kapitals unterlaufen.“ *Ulrike Küstler*

Für selbsttragende Entwicklung in Brandenburg

Ralf Christoffers über Aufgaben regionaler Wirtschaftspolitik aus Sicht der PDS

Auch im Land Brandenburg ist es möglich, eine Entwicklung zu initiieren, die die Potentiale des Landes ausschöpft und so einen Beitrag für eine selbsttragende Entwicklung ermöglicht.

Der Spielraum für wirtschaftspolitische Entscheidungen ist sicher wesentlich geringer geworden. Eine solche Begründung wird aber allzu gern genutzt, um eigene Mängel und mangelnde Konsequenz bei der Umsetzung vorhandener Konzepte zu bemängeln.

Es ist sicher richtig, von der Landesregierung weiterhin Prioritäten in der Landespolitik zu fordern. Aber immer wichtiger wird, auch eigene Prioritäten in der Arbeit der PDS zu setzen und diese inhaltlich zu untersetzen. Das setzt die Position voraus, daß es innerhalb des Systems Möglichkeiten gibt, eine Reformpolitik zu treiben, die zum einen die vorhandenen Spielräume ausnutzt und zugleich neue Ansätze zur Gestaltung des Wirtschafts- und Soziallebens in Brandenburg hervorbringt.

Dazu gehört auch die Neubewertung von Tätigkeiten als Erwerbsarbeit durch den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Eine steigende Akzeptanz von PDS-Vorstellungen wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die Fähigkeit zur Schaffung von Arbeit, Einkommen und wirtschaftlicher Entwicklung nachzuweisen.

Dafür ist zunächst einmal festzuhalten: Das Land Brandenburg kann auch bei Nutzung aller inneren Potenzen eine selbsttragende Entwicklung aus eigener Kraft nicht erzielen. Bei den gegenwärtigen strukturellen und konjunkturellen Gegebenheiten ist bei 2,5 Millionen Einwohnern eine Steuerdeckungsquote (Deckung der Ausgaben des Landes durch eigene Steuereinnahmen) von maximal 65% zu erzielen. Derzeit liegt diese Quote bei 50%. Die Begleiterscheinungen der deutschen Einheit, insbesondere die Deindustrialisierung, erschweren jeden Versuch zur Erhöhung dieser Quote. 65% ist eine Quote, die das Land unter bestimmten Bedingungen in zehn Jahren erreichen kann.

Regionale Wirtschaftspolitik, um innere Potenzen zu nutzen

Ohne die Möglichkeiten der Regionalisierung zu verabsolutieren, scheint diese doch die entscheidende Möglichkeit, innere Potenzen zu nutzen. Eine angesichts zunehmender Globalisierung der Wirtschaft verständliche Negierung von Regionalisierung ist kontraproduktiv.

Die Nutzung der inneren Potentiale des Landes geht dabei nur bei einer Bündelung vorhandener Fördermöglichkeiten, durch Sicherung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen in Zweckverbänden, Ausrichtung von Umschulung und Qualifizierung auf regionale Erfordernisse, regionale Fördersysteme u.ä. In diesem Kontext stellen sich folgende Aufgaben:

- a) Tourismusentwicklung in regionalen Schwerpunktgebieten;
- b) Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere Erhaltung und Sanierung des kommunalen und Landesstraßennetzes;
- c) Vernetzung des Land-, Forst- und Nahrungsgüterbereiches, Unterstützung der Vermarktung von Produkten;
- d) Sicherung industrieller Standorte

wie Schwedt, Eisenhüttenstadt, Schwarzheide u.a.;

e) Wohnungsbau in Verbindung mit der Bereitstellung von Flächen aus dem Landesvermögen (Preußenvermögen, militärische Liegenschaften)

f) Entwicklung der Umweltindustrie, insbesondere in Verbindung mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz;

g) Förderung der Technologieentwicklung des Landes, u.a. durch Risikokapitalbeteiligung via Stiftung, Vernetzung wissenschaftlicher Potentiale mit Wirtschaftsentwicklung;

h) Ausbau regionaler und überregionaler Zuliefererketten als Teil einer eigenständigen Mittelstandspolitik;

i) Sicherung arbeitsmarktpolitischer Institutionen, Kofinanzierung von 249h-Maßnahmen;

j) Bürgerschaftsrahmen für privatisierte Treuhandbetriebe unter der Bedingung einer mittelfristig sanierungsfähigen Entwicklung;

k) Kohle- und Energiepolitik mit Berlin und Sachsen;

l) Ausbau der Medienwirtschaft zusammen mit Berlin;

m) Ausformung einer umfassenden, zeitlich begrenzten Beteiligungspolitik des Landes an ausgewählten Wirtschaftsbereichen;

n) Ausbau von Lohnkostenzuschüssen zur Schließung der Schere zwischen Produktivität und Lohnhöhe bei ostdeutschen Klein- und Mittelbetrieben.

o) Standortentscheidungen für Luftverkehr und Häfen;

p) Erhöhung der Kompetenz regionaler Wirtschaftsförderinstrumente.

Finanzierungsmöglichkeiten für diese Vorschläge gäbe es durch:

1. Straffung und Koordinierung bestehender Förderprogramme. Änderung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Arbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau;

2. Nutzung von Einsparpotentialen des Landes, u.a. durch Modifizierung baulicher Standards;

3. Zeitliche Streckung der vorgesehenen und notwendigen Reduzierung der Nettokreditaufnahme auf 1 Mrd. DM auf das Jahr 2004.

4. Diskussion und Realisierung alternativer Finanzierungsmodelle, wie z.B. Stiftungsmodelle und Aufbauanleihen.

Die finanzpolitische Debatte muß konsequent den struktur- und arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen untergeordnet werden. Der gegenwärtige finanzpolitische Kurs wird nicht zu einer Erhöhung der Steuerdeckungsquote des Landes führen, sondern längerfristig die Wirtschafts- und Sozialentwicklung behindern.

Diese Bemerkungen sollen auch einen Diskussionsprozeß zur Wirksamkeit von PDS-Politik anregen. Die Möglichkeiten der Regionalisierung des Wirtschafts- und Soziallebens sind zwar begrenzt, stellen aber einen wichtigen Faktor bei der Stabilisierung der Gesamtsituation dar. Da in diesem Bereich zugleich Landesverantwortung gestaltet werden kann, stellt er ein Verbindungsglied der Profilierung zwischen Bundes- und Landespartei sowie zwischen Ost- und Westländern dar.

Ralf Christoffers ist wirtschaftspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Brandenburger Landtag.

Es darf wieder gebombt werden

Klagen gegen Brandenburger „Bombodrom“ abgewiesen

Bis zu 3.000 mal im Jahr darf die Bundeswehr in ein paar Jahren womöglich das frühere Bombenabwurfgelände der russischen Armee in der Wittstocker Heide in Brandenburg für militärische Übungsflüge inkl. Bombenabwürfe nutzen. Das entschied Ende August das Verwaltungsgericht in Potsdam.

Gegen die weitere Nutzung des „Bombodroms“ für die Bundeswehr gibt es seit der plötzlichen Übernahme des Übungsgeländes der Roten Armee durch die Bundeswehr im Jahr 1992 – vorher hatte es noch geheißen, das Übungsgelände werde nicht benötigt und an die Gemeinden zurückgegeben – heftigen Widerstand der Bevölkerung in der Region und aus der Umgebung, die dabei von Kriegsdienstverweigerern, Pazifisten und anderen antimilitaristischen Gruppen inkl. Gewerkschaften, Grüne und PDS unterstützt wird.

Der Kreis Ostprignitz-Ruppin, neun Gemeinden sowie sechs Einzelpersonen hatten vor dem Verwaltungsgericht geklagt, u.a. wegen der unerträglichen Lärmbelästigung für die drei nächsten Gemeinden, aus Gründen des Umweltschutzes und aus anderen Gründen. Diese 16 Klagen wies das Potsdamer Gericht nun sämtlich zurück. Begründung: „Nach deutschem Recht“ könne nicht gegen Belastungen in der Zukunft geklagt werden, noch nutze die Bundeswehr das Gelände nur sporadisch. Die Kläger müssen nun auch ihre Kosten weitgehend selbst tragen.

Allerdings wies das Gericht auch die Position der Bundeswehr zurück. Diese hatte argumentiert, das Gelände sei nach dem Einigungsvertrag quasi aus „Bestandsschutzgründen“ schon als Bombenabwurfgelände übernommen worden und könne deshalb sofort weitergenutzt werden. Das, so die Richter, sei „rechtswidrig“. „Mit dem Abzug der russischen Westgruppe ist die öffentlich-rechtliche Zweckbindung des Bombodroms entfallen“, so die Richter.

Die Bundeswehr müsse deshalb vor einer Nutzung des Geländes als Übungsgelände für Bombenabwürfe ein Planverfahren nach den Landesgesetzen einleiten, wie wenn sie einen „neuen“ Übungsplatz einrichten wolle. Der Anwalt der klagenden Gemeinden forderte deshalb die Bundesregierung nach dem Urteil auf, „das Bombodrom sofort zu räumen. Die Bundeswehr kann nicht die Beschlagnahme der Roten Armee fortsetzen.“ Auch ein Sprecher der Bürgerinitiative „Freie Heide“ sprach von einem Teilerfolg. Jeder Zeitgewinn sei wichtig, um dem Ziel einer entmilitarisierten Heide näherzukommen.

Die Bundeswehrführung will gegen das Urteil in Berufung gehen. Die Entscheidung von Potsdam sei ein „Präzedenzfall“ für neun weitere ehemalige russische Übungsplätze in Ostdeutschland, die die Bundeswehr übernommen habe. Außerdem nehme auch in Westdeutschland der Widerstand gegen Bombenabwurfplätze weiter zu. (rül) (Quelle: Tagesspiegel, 30.8.96)

Streit um die Bautarife im Osten

Baukapitalisten wollen Tarife „fristlos kündigen“

Die Arbeitgeberverbände der ostdeutschen Bauindustrie haben erklärt, daß sie die von ihrem bundesweiten Dachverband mit der IG BAU abgeschlossenen Tarifverträge als „fristlos gekündigt“ bewerten. Die katastrophale Lage im Osten lasse ihnen keinen anderen Weg. Mit der Kündigung wollen sie die im Tarifvertrag vorgesehene Anhebung der Löhne und Gehälter zum 1. September um 1,85 Prozent und die am 1. Oktober wirksame Anhebung der Ost-Löhne und -Gehälter von 92 auf 95 Prozent des West-Niveaus unterlaufen.

Sowieso zahlen viele der Baufirmen in den ostdeutschen Ländern derzeit keinen Tariflohn. Das rückläufige Baugeschäft im Osten, hervorgerufen durch einen deutlichen Rückgang des Industriebaus und der öffentlichen Bauaufträge, sowie die immer längeren Zahlungsfristen der Kommunen im Osten bringen die Baufirmen im Osten tatsächlich unter erheblichen Druck. Hinzukommen die Preisdrückerei durch große Baufirmen und die Hungerlöhne für ausländische Sub-Beschäftigte. Allein in Berlin und Brandenburg, so der Berlin-Brandenburger Bauverband bereits im Mai dieses Jahres, seien von den 130.000 offiziell Beschäftigten in der Branche 34.000 arbeitslos, Tendenz steigend. Auch die Zahl der Kurzarbeiter liege bereits um 50% über Vorjahresniveau. 1995 hätten 760 Firmen in Berlin und Brandenburg Konkurs gemacht, in diesem Jahr könnten es mehr als 1.000 werden.

Trotzdem hat die IG BAU die angebliche „fristlose Kündigung“ der Tarife zu Recht zurückgewiesen. Der mit dem Zentralverband der Bauarbeitgeber geschlossene bundesweite Tarif könne nicht durch einzelne Regionalverbände gekündigt werden, und schon gar nicht

„fristlos“. Der Vertrag erlaube nur eine Kündigung mit zweimonatlicher Wirkung auf Ende März 1997. Eine entsprechende Schutzschrift hat die Gewerkschaft in der letzten Woche bei Gericht hinterlegt.

„Wenn Bauarbeitgeber die Tarifverträge ab 1. September und 1. Oktober tatsächlich brechen sollten, dann werden wir auch alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um unser Recht vor Ort zu erkämpfen“, kündigten Gewerkschaftssprecher an.

Trotzdem bleibt die Gewerkschaft erheblich unter Druck. Anfang dieser Woche beriet deshalb der Vorstand und die große Tarifkommission der Gewerkschaft, ob man auf die Aufforderung des Zentralverbandes der Bauwirtschaft eingeht, über eine „zeitliche Streckung“ der Anhebung der Löhne und Gehälter im Osten auf Westniveau zu sprechen. Auch die Entscheidung über die Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz steht noch aus, der Tarifausschuß beim Bundesarbeitsministerium tagt erst am 8. Oktober. Zusätzlich haben die Bauarbeitgeber angekündigt, mit dem neuen Lohnfortzahlungsgesetz die Lohnfortzahlung für kranke Bauarbeiter sofort ab 1. November auf 80% zu senken.

Damit haben die Bauarbeiter schwere Verluste hinnehmen müssen: Erst die Aufhebung des Schlechtwettergeldes, dann die Untergrabung ihrer Tariflöhne durch die Elendslöhne für ausländische Bauarbeiter, nun womöglich die Verschiebung der Lohnanhebungen im Osten – und auf allem drauf die Senkung der Lohnfortzahlung. „Working poor“ – schwer arbeiten und arm bleiben – solche Zustände breiten sich unter Bauarbeitern rasch wieder aus. (rül)

Quellen: Pressemitteilung der IG BAU vom 20.8.; Tagesspiegel vom 3.5.96

IG Medien mobilisiert gegen Tarifflicht

Detlef Hensche droht mit betrieblichen Kämpfen

In einer ungewöhnlichen Aktion wendet sich die IG Medien an ihre Basis. Anfang September erhielten alle Mitglieder in der Druckindustrie und in den Verlagen einen Brief des Vorsitzenden Detlef Hensche, betreffend: „Die Zukunft unserer Tarifverträge“. Die Mitglieder sollen die im Oktober beginnenden Manteltarifverhandlungen aktiv unterstützen. Außerdem wurde ein Fragebogen verschickt, in dem die Mitglieder ihre Schwerpunkte und Forderungen der Tarifpolitik deutlich machen sollen. Denn der Bundesverband Druck hat vor zwei Monaten den bundesweit geltenden Manteltarifvertrag für die gewerblich Beschäftigten samt Anhängen, in denen z.B. Maschinenbesetzungen geregelt sind, gekündigt. Ihnen folgten die Zeitungsverleger in Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz. Die Kapitalisten wollen die Kürzung der Lohnfortzahlung, die Streichung von Freischichten und bezahlten Pausen und die Rückkehr zur regelmäßigen Samstagsarbeit. Die jährlichen Einmalzahlungen sollen eingefroren und das Urlaubsgeld künftig nach dem Tariflohn berechnet werden. Ohne Anrechnung der übertariflichen Zulagen, der Schichtzulagen und des Antrittsgelds am Sonntag für Zeitungsbeschäftigte mindert sich allein das Urlaubsgeld um rund 1400 DM im Jahr. Die Vorgeschichte ist ein harter Kampf um den Manteltarifvertrag seit 1994 mit Forderungen für eine Tarifrrente für Schichtarbeiter, für Frauenförderung und Mitspracherechte der Beschäftigten bei der Arbeitszeit und dem Gesundheitsschutz im Betrieb. Dieser Kampf ging nach Hensches Aussage verloren. Er endete mit der Wiedereinsetzung des alten Tarifvertrags.

Auf einer Pressekonferenz am 12. September erläuterte Hensche die schwierige Situation: „Nach den Bonner Sparbeschlüssen müssen die Besitzstände gerettet werden.“ Aber in der Druckindustrie und in der Papierverarbeitenden Industrie sind die Manteltarifverträge für die gewerblich Beschäftigten offen für Eingriffe, denn die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist darin an das Gesetz geknüpft. Hensche: „Die Unternehmer wollen mittelfristig ans Eingemachte.“ Ihre Strategie sei, daß der harte Kern der Manteltarifverträge zukünftig nicht mehr allgemeinverbindlich sei, sondern zum Beispiel die Dauer und Lage der Arbeitszeit, die Lohngruppenstruktur betrieblich geregelt werden. Die Tarifverträge sollen nach

Aussage des Bundesverbandes Druck zukünftig nur noch „ein allgemeiner Rahmen“ sein.

Die Lage in der Druckindustrie ist aber dadurch besonders kompliziert, daß der Bundesverband Druck nach Aussagen Hensches kaum noch handlungsfähig oder kompetent ist. In immer größerer Zahl begehen die Druckkapitalisten und Verleger Tarifflicht durch Verbandsaustritt. Dabei sind vor allem die großen Firmen, die wirtschaftlich glänzend dastehen, die Vorreiter. Detlef Hensche warnte deshalb: Sollte es nicht möglich sein, den Flächentarif zu verteidigen, „werden wir den Konflikt in die Betriebe tragen“ und überall Haustarifverträge abschließen. Er schätzte die Lage so ein: „Wir stehen wieder an einem Anfang wie vor 120 Jahren.“ Denn der Tarifvertrag gelte unmittelbar nur für Gewerkschafts- bzw. Verbandmitglieder. Aber auch in den anderen Betrieben und die anderen Arbeitsverträge seien darauf bezogen. Wenn nun der Flächentarif nicht mehr gelte bzw. die grundlegenden Arbeitsbedingungen nicht mehr allgemeinverbindlich im Manteltarifvertrag festgeschrieben seien, sei ein hemmungsloser Unterbietungswettbewerb zwischen Beschäftigten, zwischen den Betrieben und ihren Betriebsräten die Folge. „Ein wesentlicher Pfeiler der Sozialordnung in der Bundesrepublik könnte zusammenbrechen.“ Gegen diese Entwicklung will Hensche „Breite herstellen“. Der Brief an die Mitglieder soll dazu der Auftakt sein. Nach der Auswertung der Mitgliederbefragung Ende November will die IG Medien mit betrieblichen Aktionen beginnen. Dazu sollen eigene Reformpositionen entwickelt werden für die Beschäftigungssicherung und berufliche Qualifikation vor allem für elektronische Medien und Druckindustrie, für die Schichtarbeit und zur Altersteilzeit. Die Situation des Arbeitgeberverbandes in der Druckindustrie und den Verlagen schätzt er so ein, daß sie froh wären, wenn die Verbandsflüchtigen in den Verband zurückgestreikt würden. Er verwies darauf, daß in Großbritannien die Kapitalisten bald zum Flächentarifvertrag zurückgekehrt wären, nachdem die Gewerkschaften in massenhaften betrieblichen Auseinandersetzungen Haustarife durchgesetzt hatten. Jedenfalls kündigte Hensche jetzt an: „Bleibt der Arbeitgeberverband bei seinem Kurs, ist ein Arbeitskampf nicht auszuschließen.“ (ulk)

Einstellungsstopp bei den Krankenhäusern Hamburgs

Der Unternehmensvorstand hat den Gesamtpersonalrat darüber informiert, daß über den gesamten Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg (LBK) ein Einstellungsstopp verhängt wird. Der Personalrat protestiert in einer Stellungnahme gegen diese Maßnahme und stellt fest, „daß nicht eine Stellung im LBK Hamburg überflüssig ist und der Einstellungsstopp nicht ohne Arbeitsverdichtung in allen Bereichen bzw. nicht ohne eine Neuordnung der Arbeit durchzuführen ist“. Vor diesem Hintergrund formuliert er als „offene Fragen“: „• Ist eine zeitliche Befristung für den Einstellungsstopp vor-

gesehen, wenn ja, welche? • Wie soll die gesetzlich vorgeschriebene Mindestbeschäftigtenquote von Schwerbehinderten unter diesen Umständen erfüllt werden? • Wie sollen die ÄrztInnen im Praktikum ihre Ausbildung beenden? • Wie soll künftig mit der Übernahme nach der Krankenpflegeausbildung verfahren werden? • Wieviele von den in 1996 einzusparenden 400 Stellen im LBK sind bereits über die Fluktuation weggefallen? • Weiterhin fordert er, „daß keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Der Gesamtpersonalrat hält es für dringend erforderlich, jetzt mit dem Vorstand des LBK Hamburg die Verhandlungen über eine Dienstvereinbarung über Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung aufzunehmen.“



Berlin, Dortmund, Hamburg, Leipzig, Ludwigshafen, Stuttgart

Gegen Kohl & Kapital!

Insgesamt 250 000 Menschen folgten am 7. September nach Angaben des DGB dem Aufruf zu Protesten gegen die Verabschiedung des „Sparpakets“ durch die Regierungskoalition im Bundestag. Kämpferische Parolen gegen die Regierung beherrschten das Bild, auch wenn kaum jemand erwartete, durch eine oder mehrere Demonstrationen die Gesetzgebung aufhalten zu können.



Angriffe auf das Bündnis von Kapital und Regierung (ganz oben Dortmund, 40000 Teilnehmer); ebenso auffällig die vielfältigen Forderungen auf den Transparenten (darunter: Hamburg, 35000). Immer wieder zu sehen – nicht nur von linken Gruppen – Kohl muß weg, Streik ist nötig; oben und links: Stuttgart (50000). Zum zweiten Mal in diesem Jahr konnte der DGB viele Menschen mobilisieren (unten Leipzig, 35000 Teilnehmer).





Aktion der IG Medien gegen den Verleger Neven DuMont, der beim „Kölner Stadt-Anzeiger“ die fristlose Kündigung eines Redakteurs veranlaßt hatte. Hartmut Schergel, seit 25 Jahren bei der Zeitung, wird „Tendenzenverstoß“ vorgeworfen, weil in einem von ihm verantworteten Artikel kritisch über die wirtschaftliche Verflechtung von DuMont Reiseverlag und einem Touristikunternehmen berichtet wurde. Am 13. September endete ein Gütertermin vor dem Arbeitsgericht ergebnislos.

Tariflohn statt Sozialhilfe

Der Landesparteitags der SPD Hamburg propagierte mit einem Beschluß die Verpflichtung von Sozialhilfeempfänger zu sog. gemeinnütziger Arbeit. Der ÖTV-Bezirksvorstand hat am 4.9. dagegen einstimmig den hier dokumentierten Beschluß gefaßt. Der Beschluß weist m.E. deutliche Schwächen in der Verteidigung der sozialen Interessen von Sozialhilfeempfängern gegen die ganze Palette von Kürzungen auf, so etwa, wenn mit „fiskalpolitischen Nachteilen“ für Hamburg argumentiert wird. Trotzdem könnte er zu einem Anhaltspunkt für den notwendigen Widerstand gegen die Angriffe von Bundes- und Landesregierung und den sie tragenden Kräften auf die Ärmsten der Armen werden.

(scc)

Der Bezirksvorstand der ÖTV lehnt die Verpflichtung von SozialhilfeempfängerInnen zu gemeinnütziger Arbeit ab. Sie ist sozialpolitisch unwirksam, arbeitsmarktpolitisch ohne Integrationsperspektive, volkswirtschaftlich kontraproduktiv und fiskalpolitisch für Hamburg von Nachteil.

Hamburg braucht für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keine populistische Scheindiskussion über Sozialhilfemißbrauch, sondern eine innovative Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Der Bezirksvorstand erwartet vom Senat den Erhalt und die Ausweitung tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für SozialhilfeempfängerInnen nach dem Vorbild der vorhandenen Beschäftigungsgesellschaften.

Der Bezirksvorstand fordert alle Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen auf, in ihren Betrieben und Dienststellen darauf zu achten und sich dafür einzusetzen, daß keine gemeinnützige Arbeit für SozialhilfeempfängerInnen vergeben wird.

Die Beschlußfassung erfolgte auf dem Hintergrund folgender Sachdarstellung:

Die Hamburger SPD hat im Rahmen ihrer Diskussion über die „Zukunft der Arbeit“ einen Schwerpunkt auf das Thema „Sozialhilfemißbrauch“ gelegt und sich in ihrem Beschluß auf dem Landesparteitag am 24. April 1996 ausdrücklich gegen „tariflich und sozialversicherungsrechtlich“ gesicherte Arbeitsverhältnisse für SozialhilfeempfängerInnen (im folgenden: SE) ausgesprochen. Auch wenn es sich bei diesem Punkt um einen Prüfungsauftrag an die

SPD-Senatsmitglieder handelt, so kündigt er doch eine grundsätzliche sozialpolitische Abkehr vom bisherigen Prinzip „Tariflohn statt Sozialhilfe“ in Richtung auf gemeinnützige, zumindest aber erheblich untertarifliche Arbeit für SE an.

Diese Bewertung des Beschlusses wird untermauert durch entsprechendes Handeln und entsprechende Aussagen von Senatsmitgliedern.

So wird in diesen Tagen presseöffentlich aus einem Brief des Parteivorsitzenden Jörg Kubbier zitiert, daß der Erste Bürgermeister am 27. August 1996 in einer Senatorenvorbesprechung „niedrigere Tariflöhne, die nicht zu Gewerkschaftsbedingungen vereinbart werden, favorisiert“. Ungeachtet des begrifflichen Widerspruchs ist die Absicht erkennbar. – Im *Hamburger Abendblatt* vom 29. August 1996 erklärt der Geschäftsführer der Stadtreinigung, Bernd Krüger, offensichtlich im Auftrag und mit Rückendeckung seines Aufsichtsratsvorsitzenden Senator Vahrenholt, „er könne sich vorstellen, den Leuten (SE) zumutbare Arbeit anzubieten – zum Beispiel das Reinigen von Straßenbegleitgrün“. Wenn wir da zu geringeren Kosten eine Arbeitsleistung kriegen könnten, wäre das im Interesse der Stadt.“

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor gehört zum Organisationsbereich der Gewerkschaft ÖTV. Seine tarifliche und mitbestimmungsrechtliche Regulierung ist ebenso wie seine sozial- und arbeitsmarktpolitische Optimierung Teil des Organisationshandelns der ÖTV Hamburg. Eine grundsätzlich neue, restriktive Ausrichtung der Politik in diesem Bereich würde unsere interessenpolitischen Handlungsmöglichkeiten erheblich einschränken.

Sozialrechtlicher Hintergrund

SEN werden in Hamburg seit 1983 gemäß § 19 Abs. 1 BSHG Arbeitsgelegenheiten in Form befristeter tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse bei den Beschäftigungsgesellschaften „Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft GmbH“ (HAB) und „Hamburg West Beschäftigungsgesellschaft GmbH“ (HWB) angeboten. Die Befristung beträgt ein bzw. drei Jahre und eröffnet den Betroffenen in der Regel den Anspruch auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung.

Die gesetzliche Alternative der „gemeinnützigen Arbeit“ nach § 19 Abs. 2

DGB Baden-Württemberg kritisiert geplante Zulassung von Kinderarbeit

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 5. Juli 1996 eine Stellungnahme zur beabsichtigten Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes verabschiedet.

Danach sollen Kinder ab 13 Jahren an fünf Wochentagen jeweils zwei Stunden täglich einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Bisher ist das nur in Ausnahmefällen möglich. Die Bundesregierung will Kinderarbeit erlauben, wenn sie leicht und für Kinder geeignet ist. Der Bundesrat empfiehlt, diese Einschränkung durch eine Rechtsverordnung zu konkretisieren. Im Grundsatz besteht zwischen Bundesrat und Bundesregierung jedoch Einigkeit, Kinderarbeit in Deutschland zuzulassen.

Der DGB kritisiert die Stellungnahme des Bundesrates, weil es keinen Grund gebe, das Verbot der Kinderarbeit aufzuweichen. Einschließlich der Wegezeiten könnten Kinder nach dem geplanten Gesetz auf eine 20-Stunden-Woche kommen. Überforderungen und schulische Mißerfolge der Kinder seien damit vorprogrammiert. Unglaublich sei das Gesetzesvorhaben auch mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit.

DGB-Jugendsekretär Roland Schinko: „Während Kinder schlecht bezahlten Jobs nachgehen, stehen Jugendliche im erwerbsfähigen Alter auf der Straße.“

Der DGB Baden-Württemberg ist auch enttäuscht von der Landesregierung, weil sie Kinderarbeit offensichtlich zulassen wolle und sich jeder öffentlichen Stellungnahme bisher enthalten habe.

(ulk)

ÖTV Hamburg gegen SPD-Beschluß zur Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger

BSHG wird nicht entlohnt, sondern mit Sozialhilfe („Hilfe zum Lebensunterhalt“) und einer „Entschädigung für Mehraufwendungen“ abgegolten. Es werden keine Arbeitsverhältnisse begründet. Diese Alternative ist nach herrschender Rechtsmeinung nicht nur sozialpolitisch, sondern auch rechtlich nachrangig.

Die Debatte über die Absenkung des Regelsatzes der Sozialhilfe (derzeit 531 DM für einen Haushaltsvorstand) um 25% bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit hat mit der Frage, ob gemeinnützige Arbeit oder Tarifarbeitsplätze angeboten werden, nichts zu tun. Diese Absenkung ist im Vermittlungsausschuß mit den Stimmen der SPD von einer Kann- in eine Mußleistung umgewandelt worden. Diese Gesetzesvorschrift ist seit 1. August 1996 in Kraft und muß auch in Hamburg angewandt werden.

Sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung

Die strukturelle Krise des Arbeitsmarktes führt unter den ca. 85.000 registrierten Arbeitslosen auch in Hamburg zu einem wachsenden Anteil von Langzeitarbeitslosen (ca. 40%). Im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden sich darüber hinaus regelmäßig etwa 10.000 Menschen in Weiterbildungs- und bis zu 3.000 Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Im März 1986 bezogen in Hamburg rund 83.500 Haushalte, das sind knapp 150.000 Personen, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt; dies sind 31% der hamburgischen Sozialhilfekosten. Von den 150.000 Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind 35% unter 18 Jahre alt, 5% RentnerInnen und 20% Alleinerziehende. Abzüglich weiterer nicht arbeitsfähiger Personen (z.B. chronisch Kranke, Suchtkranke) verbleibt ein „Beschäftigungspotential“ von ca. 35.000 Personen. Ihnen stehen bei HAB und HWB 1.600 Arbeitsplätze zur Verfügung. Bei den Beschäftigungsgesellschaften melden sich derzeit jeweils über 4.000 bzw. 2.500 BewerberInnen pro Jahr.

Arbeitsfähige SE in Erwerbstätigkeit zu (re-)integrieren, ist ein sozial- und arbeitsmarktpolitisch hochrangiges Ziel und führt gleichzeitig zur wirksamen Kostensenkung im Sozialhilfehaushalt. Dafür sind Arbeitsplätze mit Perspektive für den 1. Arbeitsmarkt, Qualifizierung und soziale Stabilisierung erforderlich. Das Konzept der Beschäftigungsgesellschaften hat sich be-

währt und müßte quantitativ erheblich ausgeweitet werden. Eine öffentliche Diskussion, die die Sozialhilfeempfänger für die fehlenden Arbeitsplätze verantwortlich macht, ist falsch, dumm und populistisch; sie lenkt ab von der Verantwortung für eine innovative beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Tarifpolitischer Hintergrund

Für die Beschäftigungsgesellschaften bestehen seit 1983 Tarifverträge mit der AVH, die im wesentlichen der ÖD-Struktur entsprechen und einige spezifische Besonderheiten für die befristet Beschäftigten enthalten. Im Vergleich zu den Branchentarifen des 1. Arbeitsmarktes sind die Entgelte überwiegend niedriger (z.B. Metallverarbeitung, Holzverarbeitung, Baugewerbe), in Bereichen mit überwiegender Frauenbeschäftigung (Textil-/Gaststättengewerbe) aber auch günstiger. Tarifregelungen mit Orientierung an Branchentarifen haben in diesem Bereich nie zur Debatte gestanden, in anderen Bereichen (ABM-Träger) sind sie na dem Bessersstellungsverbot im Vergleich zum ÖD gescheitert.

Weiterhin gibt es einen Tarifvertrag über die Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes im Bereich der befristet Beschäftigten, der deren gleichberechtigte Interessenvertretung sichert.

(...)

Organisationspolitischer Hintergrund

Der ÖTV-Hauptvorstand hat am 15. Dezember 1993 „Eckpunkte zu öffentlich geförderter Beschäftigung“ beschlossen, in denen abgelehnt wird, diesen Bereich als „Experimentierfeld für staatliche Deregulierung und Lohndumping“ zu mißbrauchen. Statt dessen werden Vorschläge für eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung dieses Bereichs gemacht ...

Die ÖTV Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren durch ihre Tarifpolitik und durch Interessenpolitik in der Selbstverwaltung und im politischen Raum aktiv für den Erhalt sozialstaatlicher Regulierungen eingesetzt. Trotz unterschiedlicher Interessenlagen in Einzelfragen gab es dabei einen Grundkonsens mit dem Senat über soziale Mindeststandards, der auch gegenüber anderen politischen Positionen gemeinsam verteidigt wurde. Dieser Grundkonsens ist jetzt gefährdet.

Bezirksleitung, Wolfgang Rose, 5.9.96

(aus Lokalberichte Hamburg)

„Unsere Partei ist gegen den NATO- und EU-Beitritt“

Interview mit Zbigniew Wiktor vom Bund Polnischer Kommunisten

Im Zusammenhang mit einem Seminar der „AG Kommunistische Politik von unten in der PDS Schleswig-Holstein“ in Zusammenarbeit mit avanti/Projekt undogmatische Linke zum diesjährigen Antikriegstag (siehe unseren Bericht auf Seite 8) hatten die „Politischen Berichte“ und „Unsere Zeit“, die Zeitung der

DKP, die Gelegenheit, mit einem Vertreter des Bundes Polnischer Kommunisten, Dr. Zbigniew Wiktor, zu sprechen. Schwerpunkte des Gesprächs waren die sozial-ökonomische Entwicklung in Polen, die Frage des EU- und Nato-Beitritts, die Meinungsumfragen zufolge von großen Teilen der polnischen Gesellschaft

befürwortet werden, und die Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Polen.

Wir veröffentlichen an dieser Stelle den ersten Teil des Interviews, der zweite Teil, in dem es u.a. um die großdeutsche Minderheitenpolitik in Polen geht, folgt in der nächsten Ausgabe.

Wie entwickelt sich die sozial-ökonomische Lage in Polen? Wie zeigen sich die Auswirkungen der Zerschlagung des Sozialismus?

Die sozial-ökonomische Lage heute ist sehr ernst. Es gibt sehr viele Probleme für die Arbeiterklasse und für alle Werktätigen. Zufrieden kann nur die gegenwärtige Bourgeoisie sein, die neuen Herren von Polen. Das sind ungefähr 8 bis 10% der Bevölkerung. Sie wurden durch die Transformation zu neuen Kapitalisten. Wenn wir die Eigentumsverhältnisse betrachten, die sich herausgebildet haben, so wurden sie das durch Raub der gesellschaftlichen Betriebe, und sie sind Kapitalisten dank der Spekulation. Also dank des Verkaufs der großen früheren sozialistischen Betriebe, Kooperativen, Fabriken, die sie für wenig Geld an sich brachten, durch Bekanntschaften, Spekulation usw. Es war ähnlich wie in der früheren DDR, als die Treuhänder große, relativ moderne Betriebe für eine symbolische Summe an die Monopole verschleuderte.

Bei uns in Polen gab es kein freies Finanzkapital, und deswegen konnte nicht eine selbständige Kapitalistenklasse entstehen. Deswegen ist diese Kapitalistenklasse besonders aus zwei Gruppen entstanden. Zum einen aus dem früheren Kleinbürgertum, das in Volkspolen noch existierte, im Dienstleistungsbereich, als reiche Bauern ... Aber das waren keine großen Kapitalisten, sondern Kleinbürger, die durch die Politik des sozialistischen Staates eingegrenzt waren. Zum Beispiel war in Volkspolen bis zum Ende die Beschäftigung reguliert. So konnte ein Privatbetrieb höchstens 50 Arbeiter beschäftigen. Durch diese Grenze konnte große Kapitalgruppen im sozialistischen Polen nicht entstehen. Später, nach der Wende, hat sich diese Gruppe durch den Raub der sozialistischen Betriebe vergrößert. Es gibt auch eine andere Gruppe der gegenwärtigen Bourgeoisie: die leitenden Schichten aus dem Parteiapparat der Polnischen Arbeiterpartei. Sie brachte durch die große Spekulation viel Eigentum an sich, durch die Umgestaltung der früher sozialistischen Be-

triebe in ihr Privateigentum. Diese Gruppe will sich immer mehr bereichern. Doch dieser Prozeß verläuft in Widersprüchen, mit politischen Auseinandersetzungen im Parlament und insbesondere in den Betrieben, es kommt dort zu Streiks und großen Versammlungen. Denn die Bourgeoisie muß ihre Einkommen durch Vergrößerung der Ausbeutung bekommen.

Infolge der Transformation vergrößert sich die Arbeitslosigkeit, Armut und Elend wachsen. Ungefähr 50% der Bevölkerung lebt unterhalb oder am Rande des sozialen Existenzminimums. Wir müssen feststellen, daß die Schere zwischen reich und arm öffnet sich immer weiter. Es gibt einen Prozeß der sozialen Differenzierung.

Welche Rolle spielt dabei ausländisches Kapital in Polen, und ist die neue polnische Bourgeoisie im wesentlichen unabhängig oder mit dem ausländischen Kapital verbunden?

Es gibt in Polen zwei Gruppen der Bourgeoisie, zum einen eine Kompradorenbourgeoisie, die mit dem ausländischen Kapital fest verbunden ist. Sie erhält ihre ökonomische und politische Position durch ihr Verhältnis zum fremden Kapital, das ist vor allem deutsches Kapital, aber auch amerikanisches Kapital oder holländisches Kapital ... Diese Gruppe ist relativ größer als die zweite Gruppe, die nationale Bourgeoisie, die verbunden ist mit reichen Bauern z.B. Politisch ist sie organisiert insbesondere in der letzten Zeit durch eine neue politische Bewegung, die aus der Solidarnosc-Bewegung entstand, das ist (ROB). Das ist die Bewegung der Wiedergeburt Polens, unter Leitung von (Jan Olszewski). Er war im Jahr 191/92 Ministerpräsident, aber durch den Streit im Rahmen der Solidarnosc-Bewegung und insbesondere den Streit mit Walesa, dem Präsidenten, zerbrach seine Regierung. Jetzt wächst seine Position, insbesondere nach den letzten Präsidentschaftswahlen, er bekommt Unterstützung von der neuen Bourgeoisie, aber auch von Unzufriedenen und frustrierten Arbeitslosen.

Jetzt gibt es einen Kampf zwischen den beiden Gruppen der Bourgeoisie, den Kompradoren und der nationalen Bourgeoisie, um die weitere Entwicklung Polens. Aber beide diese Lager sind strenge Anhänger des Nato-Beitritts und des schnellen EU-Beitritts. Beide Gruppen wollen das. Politisch sind diese beiden großen Gruppen in vielen Parteien, bürgerlichen Parteien organisiert, nationalen, christlich-demokratischen, liberalen Parteien, die im Parlament stark repräsentiert sind. Aber diese Richtung unterstützt auch die Sozialdemokratische Partei, die bei den Parlamentswahlen ein Programm für demokratischen Sozialismus präsentierte, jetzt aber, nach drei Jahren, kein Wort darüber verliert. Ihre Hauptparole ist heute, daß sie einen demokratischen Kapitalismus und einen sozialen Rechtsstaat errichten will, einen Kapitalismus, der gut für alle Menschen ist ... Z.B. haben sie im Programm der Demokratischen Linken, das hauptsächlich von Experten der Sozialdemokraten ausgearbeitet wurde, ausgeführt, daß in kurzer Zeit die Arbeitslosigkeit zurückgeführt oder beseitigt ist. Jetzt, nach drei Jahren der neuen Regierung unter Leitung der Sozialdemokraten, sank die Arbeitslosigkeit um ungefähr 15%. Offiziell beträgt die Arbeitslosigkeit 3 Millionen, aber es gibt ungefähr 500.000 Arbeitslose auf dem Land und eine weitere Million in ABM-Maßnahmen, oder Menschen, die im Zuge der Transformation der Betriebe frühverrentet wurden usw. Also gibt es in Wirklichkeit eine Arbeitslosigkeit von 4,5 Millionen Menschen. Das ist ungefähr 25% der Bevölkerung, die auf sehr niedrigem Niveau leben.

Wenn wir davon ausgehen, daß es noch ungefähr 25% Rentner gibt, so sind das 50% der Bevölkerung, die am Rande oder unterhalb des Existenzminimums leben. Das ist eine große soziale Potential der Unzufriedenheit und ein Beweis, daß die bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokratische Partei keine soziale Lösung für diese Probleme finden und keine Perspektive aufzeigen kann. Und das ist auch eine Basis für den großen politischen Streit im

Rahmen der Allianz der Demokratischen Linken, in der auch unsere Partei mitarbeitet. Wir kritisieren diese Politik natürlich sehr scharf.

Wir haben ein neues Programm auf der letzten Parteikonferenz verabschiedet, auch ein Programm für die sozial-ökonomische Politik, das wir in die Allianz der Demokratischen Linken einbringen. Wir wollen damit eine andere Richtung für Polen aufzeigen, die günstiger ist für die Arbeiter. Das ist eine reale Politik, und diese Politik kann man auch in der gegenwärtigen internationalen Situation machen; aber sie wendet sich gegen die Rolle der Nato und gegen den Beitritt Polens zur Europäischen Gemeinschaft.

Denn wir sind der Meinung, daß die EU eine Organisation des internationalen Kapitals ist, und die Kapitalisten geben Polen – und auch anderen Ländern – nichts, sondern sie wollen es in ein Reservoir von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften verwandeln, so wie es früher war.

Das ist auch eine Frage der richtigen Einschätzung des deutschen Imperialismus, der heute in der Europäischen Gemeinschaft und in der Nato eine führende Rolle spielen kann. Es gibt Kräfte in Deutschland, die die Oder-Neiße-Grenze in Polen negieren und die Polen regionalisieren und später zerlegen, zerstückeln wollen. Das bedroht die territoriale Integrität und Souveränität Polens.

Zusammengefaßt: Wir stellen fest, daß die offizielle bürgerliche Propaganda sagt, daß die Transformation sehr viel günstiger für die polnische Wirtschaft und die soziale Lage ist. Diese Propaganda ist unehrlich und hat keine reale Basis. In Wirklichkeit hat Polen mehr als 10 Jahre verloren, wenn ich das Einkommenswachstum zugrunde lege. 10 Jahre haben wir verloren, aber in verschiedenen Industriezweigen haben wir noch mehr verloren. Z.B. die industrielle Produktion verharrt jetzt auf dem Niveau der 70er Jahre, die landwirtschaftliche Produktion auf der Basis der 60er Jahre und die Bauwirtschaft, der Wohnungsbau ist auf dem Niveau der früheren 50er Jahre. In der Wirklichkeit kann heute keine junge Familie eine neue Wohnung erhalten: Im vorigen Jahr wurde in ganz Polen nur 150.000 Wohnungen fertiggestellt; das sind vor allem die Wohnungen für reiche Familien, für die Arbeiter und die Werktätigen werden in der Realität keine Wohnungen zur Verfügung gestellt.

Mehr noch: Wir können sagen, daß die soziale Lage sich für die Werktätigen verschlechtert, weil neue Gesetze verabschiedet wurden, die die sozialen Erwerbschaft aus Volkspolen aufheben, z.B. die Preisbegrenzung für Gas und Energie, für Nahrungsmittel aufheben. Unsere Gesellschaft hat heute viele Probleme mit der Gesundheit, weil das Gesundheitswesen eingeschränkt wurde, und die Arzneimittel werden teurer, es gibt es ein großes Problem mit dem Versicherungswesen. Viele Leute können die Miete nicht mehr zahlen, ungefähr 2 Millionen, das ist ein Riesenproblem,

Fortsetzung nächste Seite oben

TERMINE

20./21.9.: Die Bundestagsgruppe der PDS lädt ein zu einer Konferenz „Die soziale Frage gestern, heute und morgen - zwischen Armut und Reichtum“. Berlin, Haus am Köllnischen Park. Anmeldungen bei der PDS-Bundestagsgruppe, Renate Aleku, Tel. 0228-1643649, Fax 0228-1688763.

21.9.: „Friedensfestival Kurdistan“ im Müngersdorfer Stadion in Köln. Koordinationsbüro c/o Köln Office, Weißhausstr. 20, 50939 Köln, Tel. 0221-4769330, Fax 0221-4769332.

28.9.-4.10.: Stuttgart: ÖTV-Gewerkschaftstag.

5./6.10.: Das Marxistische Forum in der PDS veranstaltet in Berlin ein zweitägiges Seminar zum Thema „Die Sozialisten und die Macht heute“. Beginn am 5.10. um 10 Uhr im Kongreß-Center (LCC). Normannenstraße, Berlin-Lichtenberg. Geplant sind u.a. mehrere Diskussionsrunden mit einleitenden Referaten, u.a. von H. Modrow. Anmeldungen für Diskussionsbeiträge sind möglich an: Dr.

Kurt Pätzold, Neue Krugallee 46, 12435 Berlin.

6.-10.10.: Vereinigungs-Gewerkschaftstag der Gewerkschaften IG Chemie und der IG Bergbau.

12./13.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.

12./13.10.: Bündnis 90/Die Grünen beraten auf dem „2. Strategie/Perspektivenkongreß“ im Kongreßzentrum von Hannover in 10 Foren über „Alternativen in der Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Arbeitspolitik“. Anmeldungen bei Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen, Baunscheidtstr. 1a, 53113 Bonn, Fax 0228-9166-199.

20.-22.10.: CDU-Bundesparteitag, Hannover.

25.-26.10.: „Wie rechts ist der Zeitgeist - Beobachtungen, Erfahrungen, Analysen, Abwehr. Zur Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus.“ Konferenz der PDS im Gewerkschaftshaus in Salzgitter-Lebenstedt, Gewerkschaftshaus, Chemnitz Str. 33, ab 15 Uhr. Infos über: Ulla Jelpke

(PDS-MdB), Bundeshaus, 53113 Bonn.

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ – 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozessen. Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166.

26./27.10.: Herbst-Arbeitsstreffen der KAZ-Gruppe. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

2./3. November: Strategiekonferenz der PDS in Berlin

5. November: US-Präsidentschaftswahlen.

14.-16.11.: DGB-Bundeskongreß in Dresden. Beschluß über neues Grundsatzprogramm. 1997

24.-26.11.: 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin. TO: u.a. Beratung über sozialpolitische Aufgaben, über Feminismus und PDS sowie Neuwahl des Vorstands.

22./23. 3.: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

2. März: Kommunalwahlen in Hessen.

und jetzt geht die Gesetzgebung in die Richtung, sie aus den Wohnungen zwangszuvertreiben. Aber die Kommunalbehörden haben keine anderen Wohnungen für diese Menschen, sie werden in Provisorien verbracht, ausgeschieden, und da wächst die Unzufriedenheit.

Sehen Sie, die junge Generation findet keine Lösung für ihre Probleme im Lande. Also emigriert sie, nach Amerika, Deutschland und Frankreich; das sind die traditionellen Richtungen der polnischen Emigration. Am Anfang hatte die junge Generation die Illusion, daß der Beitritt Polens zum kapitalistischen System die soziale Situation verbessert; diese Illusion ist zerstoßen. Ein Teil der Jugend will sich integrieren in das kapitalistische System in Polen, aber es gibt auch junge Leute, die sich organisieren, unserer Partei beitreten, in die Gewerkschaften eintreten ...

Aber es gibt auch eine rechte Bewegung unter der Jugend?

Ja, es gibt auch rechte Bewegungen. Die Rechten, das sind bei uns die Republikaner, das ist eine Konföderation für ein unabhängiges Polen. Sie hat auch eine parlamentarische Vertretung, sie ist halbtotitär, man kann sagen, sie greift zu den politischen Erbschaften von Pilsudski. Sie haben auch Unterstützung. Sie sehen, es findet ein differenzierter Prozeß statt.

Die offizielle bürgerliche Propaganda besagt, daß Polen in den letzten drei Jahren eine relativ gute Konjunktur hatte; es gab ein Wachstum von fünf bis sieben Prozent pro Jahr. Aber das ist auch relativ. Denn es wachsen nur ausgewählte Industriezweige, die auf den Export in die kapitalistischen Länder und insbesondere nach Deutschland ausgerichtet sind.

Um welche Industriezweige handelt es sich?

Das ist die Kohleindustrie, die in dieser Zeit eine Steigerung von ungefähr 50% erfuhr. Aber: In den 70er Jahre hatte Polen eine Förderung von ca. 200 Mio. t im Jahr; im vorigen Jahr hatten wir nur 150 Mio. t, und 1993 hatten wir ungefähr 100 Mio. t. Mehr als 50% des Überschusses an Kohle wird auf die deutschen Märkte exportiert. Eine ähnliche Entwicklung gibt es bei der Zement- und Kaliindustrie und bei der Holzindustrie. Mehr als 50% dieser Produktionen gehen auf die westeuropäischen, insbesondere deutschen Märkte. Natürlich hatte die Konjunktur dieser Industriezweige ihre Grundlage in der konjunkturellen Lage im Westen, aber diese Konjunktur ist vorbei, so hat auch in Polen die Konjunktur ein Ende, und auch hier wächst nun die Arbeitslosigkeit

und entstehen neue soziale Probleme.

Man muß auch sehen: Durch die Transformation hat Polen seine internationalen Partner gewechselt. Früher wickelte Polen 60-70 % seines Handelsumsatzes mit Rußland und anderen sozialistischen Ländern ab. Das wurde in den 70er Jahre weniger, als Gierke aus dem Westen große Kredite annahm, aber trotzdem waren es immer noch 50 bis 60%. Heute entfallen auf Rußland noch 7 bis 8%! Ich sage damit nichts über die Ukraine und Weißrußland, das ist geringfügig, obwohl Polen historisch sehr stark mit diesen beiden Märkten verbunden war. Jetzt sind diese Märkte zu, und das ist Ursache für viele Probleme. Ungefähr 34 bis 35% unseres Handelsumsatzes entfallen auf die Bundesrepublik Deutschland, bei den polnischen Importen sind es sogar rund 50%. Seit der Transformation wurden wir wirtschaftlich zu einem Satelliten der BRD. Das hat viele politische Folgen. Die bürgerlichen Kräfte, die Kompradoren- und auch die nationale Bourgeoisie, sehen in der weiteren Zusammenarbeit mit dem deutschen Imperialismus einen Schirm, eine Gewähr für die eigenen Interessen, und das ist auch die Grundlage für die starke Zusammenarbeit der bürgerlichen und auch von Politikern aus der Sozialdemokratischen Partei mit der deutschen Regierung, um Polen schnell in die Nato und die EU zu integrieren.

Das erklärt, warum es in Polen starke Kräfte gibt, die der EU beitreten wollen, aber es erklärt noch nicht, warum es kaum Kräfte gibt, die gegen einen EU-Beitritt sind ...

Unsere Partei ist gegen diese Politik, und es gibt in anderen Parteien Strömungen, die gegen diese Politik sind, auch in der Sozialdemokratischen Partei, in der Polnischen Sozialistischen Partei, teilweise auch in der Bauernpartei, die gegen den Beitritt sind. Warum diese Situation? Es gibt eine große Illusion über die Europäische Gemeinschaft. Die offizielle bürgerliche Propaganda gibt vor, daß der Beitritt zur EU ökonomisch und finanziell Vorteile bringt. Sie sind der Meinung, daß nach der Satzung der EU die armen Regionen finanziert werden, wie es in Süditalien, Spanien oder Portugal war. Aber das war eine andere politische Situation. Jetzt wissen wir, daß es in der EU kein freies Geld gibt, kein Kapital, das so etwas machen kann oder will. Es gibt kein politisches Interesse, Polen oder andere zu unterstützen. Das, was früher gemacht worden war, das war mit internationaler Politik verbunden, hing mit der internationalen Konfrontation mit der SU zusammen. Daraus resultierte das Interesse. Jetzt gibt es ein solches Interesse nach unserer Meinung nach

Einladung zur Herbsttagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten am 12./13.10. in Köln

Ort: Köln, Jugendgästehaus, An der Schanze 14, Köln-Riehl.

Beginn: Samstag, 12.10.1996, Anmeldung ab 12.30 Uhr, Beginn des Plenums 13.00 Uhr, Ende am Sonntag um ca. 14.00 Uhr

Tagesordnungsvorschlag:

Sa., 12.10.96, 13.00 Uhr, Plenum:

○ Debatte über die aktuelle Außen- und Ostpolitik des deutschen Imperialismus:

– „Militarisierung der internationalen Beziehungen: Gegenkonzepte (bei PDS, Grünen, SPD)“ (Vortrag der AG Ostexpansion der Bundeskonferenz)

– „Die Anfänge und die Entwicklung der sudetendeutschen nazistischen Bewegung und die gegenwärtigen Träger ihrer Traditionen“ (Vortrag von Dr. Emil Hruska, Partei Linker Block, Tschechische Republik)

– „Die deutsche Ostexpansion: Wirkung auf die polnische Gesellschaft“ (Vortrag von Zbigniew Wiktor vom Bund Polnischer Kommunisten)

○ Berichte aus der Arbeit des Vorstandes, u.a. zu Aufgaben und Problemen im Hinblick auf die nächsten Bundestagswahlen und zu Repression

Sa., 19.00 Uhr: Arbeitsgruppe zur Satzung
So., 8.30 Uhr: Arbeitsgruppen, darunter zu „Ostexpansion“ (zugleich Redaktionsbesprechung für die Broschüre der AG zum Artikel 116 GG), zu „Philosophie“ und zu „Monopol und soziale Milieus“.

So., 10.30 Uhr: Abschlußplenum:

– Berichte der AG's

– Antrag zur Satzungsänderung

– weitere Anträge, Bericht zum Haushalt der Bundeskonferenz

Haushaltskommission und Präsidium der Bundeskonferenz:

Die Haushaltskommission tagt am Freitag, 11.10.1996, ab 20 Uhr im GNN-Verlag in Köln. Das Präsidium trifft sich zur Vorbereitung des Tagungsablaufes um 11.30 Uhr im Jugendgästehaus.

Die Konferenz tagt öffentlich. Anmeldung der Mitglieder und Teilnehmenden der Bundeskonferenz wegen Übernachtungen und Zusendung des Konferenzmaterials bitte bis spätestens 4. Oktober an: Geschäftsstelle der Bundeskonferenz, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel.: 0221/216442. (gez. das Präsidium der Bundeskonferenz)

Nachrichtlich: Vor Beginn der Herbstkonferenz, von 9 bis 12 Uhr, tagt der Arbeitskreis Politische Berichte. Ausführliche Einladung mit Tagesordnung in der nächsten Ausgabe.

nicht. Die Europäische Union wird nicht für die Polen zahlen oder für andere. Das ist auch nicht mit der Situation der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu vergleichen, wo die Bundesrepublik das Interesse an schneller Integration hatte und deshalb nach Ostdeutschland transferiert hat.

Wenn wir das Bevölkerungspotential und die unterschiedliche Entwicklung vergleichen, insbesondere im Osten Polens, dann stellen wir einen Mangel an industrieller Struktur fest, z.B. ist das Straßennetz sehr bescheiden, das Dorf, das Land sieht ganz anders aus, die urbane Struktur ist ganz bescheiden. Um Polen auf ein vergleichbares Niveau zu bringen, braucht man mindestens 10 Billionen Dollar, Billionen, nicht Millionen, um den Unterschied auszugleichen; das verlangt einen langen Zeitraum. Deswegen betrachten wir diese Perspektive der Integration pessimistisch.

Wir sind aber der Meinung, daß das deutsche Kapital und der deutsche Revanchismus und Imperialismus die alten deutschen Gebiete integrieren wird, die westpolnischen Gebiete, die relativ gut entwickelt sind. Die ersten Schritte sind schon gemacht. Z.B. gibt es Investitionen von verschiedenen Firmen des deutschen Kapitals, das ist nicht viel, aber sie haben seit zwei Jahren den ersten Platz unter den ausländischen Di-

rektinvestitionen. Sie investieren nur in den westlichen Wojwodschaften, also Szczecin, Gdansk, Wroclaw, das frühere Breslau, Oppeln, wo es die große deutsche Minderheit gibt. Henkel, Siemens, viele andere Konzerne investieren hier. Ihr Vorgehen ist ganz unterschiedlich, die polnische Gesetzgebung ist ihrer Meinung nach noch nicht gut vorbereitet, z.B. das Eigentumsgesetz. Bei uns verbietet ein Gesetz, daß ausländische Firmen, ausländische Bürger Landeigentum haben können. Denn die Bauernpartei und andere linke Parteien sind dagegen. Aber in der letzten Zeit wurde die Gesetzgebung angepaßt, und sie können heute Grundstücke bis 0,4 ha kaufen, und sie können auch Eigentumswohnungen und Häuser kaufen. Deswegen hat z.B. Dr. Hupka, der Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft, eine Wohnung gekauft, in Wroclaw, wo er wohnen will. Er hält z.B. Veranstaltungen ab, auch an der Universität, und es gibt Polen, die die Rolle von Kollaborateuren spielen, sie möchten mit Herrn Hupka zusammenarbeiten. Die Revanchisten machen diese Politik sehr raffiniert, z.B. laden sie kulturelle Institutionen nach Deutschland ein, sie setzen Preise für wissenschaftliche Arbeiten aus ... Das geht Schritt für Schritt. (...)

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)



Einladung

Die Sozialisten und die Macht heute

Konferenz des Marxistischen Forums am 5./6. Oktober, Berlin

Keine zweite Frage beschäftigt seit Monaten die Mitglieder und Sympathisanten der PDS mehr und kontroverser als das Verhältnis zur Macht, insbesondere zur Staatsmacht heute. Die Diskussion verengt sich auf eine Frage: Regierungsbeteiligung in Ländern – Ja oder Nein.

Das marxistische Forum lädt dazu ein, die begrenzte Sicht zu überwinden und sich den Fragen in ihrer Breite aus historischer und aktueller Sicht zu stellen: Macht und Recht, Macht und Eigentum, Macht und der Alltag des Lebens der Bürger in der DDR und in der Gegenwart.

Als Referenten haben zugesagt:

Professor Dr. Hermann Klenner, Prof. Dr. Harry Nick, Hans Modrow und die

Berliner Bezirksbürgermeister Wolfgang Friedersdorf und Uwe Klett.

Wir treffen uns am 5. Oktober (Beginn 10 Uhr) und 6. Oktober (Ende gegen 13 Uhr) 1996 im Kongreß Center (LCC), Normannenstraße, 10365 Berlin Lichtenberg.

Wer Diskussionsbeiträge anmelden will, schreibt an Prof. Dr. Kurt Pätzold, Neue Krugalle 46, 12435 Berlin

Die Tagungsstätte ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie folgt zu erreichen: Von Fern-, S-, und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg entlang der Frankfurter Allee zu Fuß in Richtung Stadtmitte oder mit der U-Bahn – Linie U5, jedoch in Richtung Hönow und ebenso ab S-Bahnhof Frankfurt Allee. Vom Fernbahnhof Hauptbahnhof eine Station mit jeder S-Bahn bis Alexanderplatz und von da wie oben beschrieben.

„Warum die Linke nicht um den Erhalt des Sozialstaates betteln sollte“

Antwort der Naturfreundejugend Göttingen zur Diskussion in der KAZ Nr. 281 (August 1996)

In der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte“ hatten wir ein Positionspapier der Naturfreundejugend Göttingen zum „Sozialstaat“ abgedruckt sowie zwei Kritiken dazu, die in der letzten Ausgabe der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) veröffentlicht waren. Inzwischen liegt eine Antwort der Göttinger auf diese Kritik vor, die wir im folgenden dokumentieren. (Red.)

In der letzten Ausgabe der KAZ folgten zu unserem Diskussionspapier „Warum die Linke nicht um den Erhalt des Sozialstaates betteln soll“ zwei Stellungnahmen von Mitgliedern der KAZ-Redaktion. Wir danken zunächst für den Abdruck unseres Papiers, das in keiner anderen Publikation Berücksichtigung fand, was wir auf die weitgehende Verweigerung innerhalb der Linken gegenüber unserer Argumentation bewerten. Da eine Debatte über den Sozialstaat dringend notwendig ist, wollen wir mit diesem Beitrag die Diskussion fortsetzen.

1 Entgegen vielfacher Legendenbildung innerhalb der Linken ist der Sozialstaat nur in Teilen durch die Arbeiterbewegung erkämpft worden. Die sozialstaatliche Gesetzgebung ist vielfach durch das Kapital oder seine Vertreter im staatlichen Überbau entwickelt und eingerichtet worden. Dies dient und diente nicht unwesentlich der Befriedigung und Einbindung des Proletariats in diesen Staat. Der Sozialstaat, bzw. die Begrifflichkeit der sozialen Marktwirtschaft stellt einen Gründungskonsens der BRD dar.

Die Position des Genossen Wolf, die „bestehenden Sozialleistungen“ zu verteidigen, da in ihnen „verstümmelt und polizeilich schikaniert...handfeste soziale Rechte der Arbeiterklasse vergegenständlicht sind.“ greift deswegen zu kurz. In der sozialstaatlichen Familienförderung oder der „Ständegliederung“ vergegenständlichen Schweiß und Blut der Arbeiterklasse zu sehen, entspricht nicht unseren Ansätzen proletarischer Politik. Sie sind vielmehr vergegenständlichte Überreste des preußischen „Staatssozialismus“ und Mief der kleinbürgerlich-patriarchalen Familienpolitik nach Art der christlichen Soziallehre. Wir sollten uns auf Engels beziehen, der in der Abschaffung der Familie die Grundvoraussetzung der Befreiung der Frau sah. Nur wenn die Frau in die Produktion integriert und die Hausarbeit vergesellschaftet wird, kann die Frau gleichberechtigt sein. Wenn also die Bundesregierung Kürzungen bei der Familienförderung vornimmt, sind wir dafür und fordern eigenständige Rechtsansprüche für den entsprechenden Personenkreis. Wenn Kindergarten- und -tagesstättenbeiträge angehoben werden, sind wir dagegen!

Es ist unbestritten, daß es auch Elemente am Sozialstaat gibt, die von der Arbeiterklasse hart erkämpft worden sind und verteidigt werden müssen. Zur Zeit wichtigstes Beispiel ist die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

2 Der Sozialstaat enthält reaktionäre Bestandteile, die komplett abzulehnen ist. Ziel muß eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen des Proletariats sein (z.B. einheitliche Arbeits- und Sozialgesetz-

gebung). Dieses Ziel steht über damit verbundenen kurzfristigen materiellen Nachteilen der Betroffenen. Die reaktionären Bestandteile beinhalten insbesondere sämtliche Teile der Familienförderung, die Existenz des Berufsbeamtentums und grundsätzlich die ständestaatliche Gliederung des Sozialstaates.

Der Genosse Corell will die ökonomische Vereinheitlichung dem „politischen Kampf um Klasseneinheit“ unterordnen und die Losung der Abschaffung des Beamtentums nicht übernehmen. Der Kampf um Klasseneinheit wird aber solange eine Phrase bleiben, wie sich Angestellte in Spaltergewerkschaften organisieren, um die letzte Reste der Angestelltenprivilegien zu verteidigen. Beamte können ohne Streikrecht nicht in die sozialen Kämpfe einbezogen werden und können durch die Arbeitsplatzgarantie und anderen Vorrechten kein gemeinsames Interesse mit den Arbeitern und Angestellten entwickeln.

Wie „Linke“ die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse im Interesse der Beamten sabotieren wollten, zeigt sich am Beispiel der PDS. In ihrem Programm fordert sie nicht die Abschaffung des Beamtentums und wollte sogar im Wahlprogramm 1993 durch „gezielte Entwicklung eines öffentliche geförderten Beschäftigungssektors (...) 1,5 Mio. Arbeitsplätze in den Bereichen der sozialen und kulturellen Dienstleistungen, des Umweltschutzes, sowie Stadtgestaltung“ schaffen.

3 Die regelmäßige Behauptung, die Regierung will nun endgültig den Sozialstaat beseitigen (und die „Wolfsgesellschaft“, „Kapitalismus pur“ herbeiführen oder Ähnliches), wird nicht durch ständige Wiederholung glaubwürdiger. Es ist feststellbar, daß die Großbourgeoisie den Sozialstaat (und damit den oben genannten Gründungskonsens) erhalten will, allerdings auf spürbar niedrigem Niveau. Wirklich abschaffen wollen den Sozialstaat radikalisierte Kleinunternehmer und Teile des Mittelstandes.

In der FAZ war z.B. am 29.7.1996 ein einseitiger Artikel über den Sozialstaat mit folgendem Schluß zu lesen: „Eine Wirtschaftspolitik, die den gleichbleibenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft - Sozialstaatlichkeit, Solidarität und Konsensorientierung - Rechnung trägt, ist langfristig effizienter und stabilisiert die Gesellschaft. Eine solche Politik ist zukunftssträchtiger als jeder Marktradikalismus.“ Der Marktradikalismus der Partei der Kleinunternehmer, den die FDP auf den letzten Parteitag entwickelte, wurde von der Union entschieden zurückgewiesen.

4 Die Forderung nach der Selbstverwaltung der Sozialkassen ist wesentlich, um den Charakter des Sozialstaates deutlich zu machen.

Der Genosse Corell hat am Beispiel des 1. Weltkrieges gut aufgezeigt, das der bürgerliche Staat die Sozialkassen in seinem Interesse einsetzt. Die revolutionäre Sozialdemokratie hatte im Gothaer Programm 1875 als Forderung die „Volle Selbstverwaltung für alle Arbeitshilfe- und Unterstützungskassen“. Als im Erfurter Programm 1891 die Verstaatlichung der Sozialleistungen gefordert wurde, bemerkte Engels zynisch: „Ob das alles dem Herrn von Ca-

pravi anvertraut werden darf.“ (Revolutionäre deutsche Parteiprogramm, Dietz Verlag Berlin 1967, S.97)

5 Es gibt eindeutige Anzeichen dafür, daß die nicht unwesentlich auf dem genannten Gründungskonsens beruhende bürgerliche Hegemonie in der BRD Auflösungsstendenzen unterworfen ist. Dies beinhaltet insbesondere eine Ablösung des Proletariats von der SPD und der Gewerkschaft.

Der Genosse Corell versteht nicht, warum wir die politische „Differenzierung in der Arbeiterklasse“ und eine Radikalisierung nach rechts mit dem Zerfall der bürgerlichen Hegemonie gleichsetzen.

Erst einmal ist festzuhalten, daß die Linke diesen Ausbruch von Teilen des Proletariats aus der bürgerlichen Hegemonie ignoriert. Der Sozialminister von Rheinland-Platz, Florian Gerster, schreibt am 13.8.1996 in der FAZ: „In diesem Mileu (Arbeiterviertel) unserer Städte sinkt die Zustimmung zum politischen und gesellschaftlichen System rapide - mit wachsende Anteil der Nichtwähler oder Parteien am rechten Rand.“

Warum der Unmut dieser Teile des Proletariats ins unpolitische oder zu den Republikanern und nicht nach links führt, hat seine Gründe. Sie sind nicht mehr bereit, für den Klassenkompromiß zu verzichten und haben eine Wut gegen die „Bonner-Parteien“ und Gewerkschaften, die eine Politik der Klassenzusammenarbeit machen. Die Linke greift die sozialen Interessen dieser Menschen nicht auf.

In dem Moment aber, wo durch eine breite Protestwelle, die Bundesregierung auf Dauer den Sozialstaat komplett erhalten müßte, wäre dies gleich das Ende des angeblichen „Klassenkampfes von unten“.

Doch die DGB-Führung sucht mit ihren Aktionen lediglich den „Konflikt mit den Arbeitgebern (solange diese) Sozialstaat und Demokratie“ gefährden (vgl. Herbert Mai in Junge Welt vom 31.8.96, S. 7, DGB-Streit um Grundsatzzprogramm).

Die von der BRD verbitterten Arbeiter in den Städten werden damit genauso wenig erreicht, wie von z.B. DKP und PDS, die ihre Hauptaufgabe in der Verteidigung des Status quo sehen.

Statt mit dem Genossen Wolf nach Bonn, geht dieser Teil des Proletariats lieber bei der nächsten Wahl zu den Republikanern, die mit ihrem Gewetter gegen die „Bonner-Parteien“ den Unmut dieser Massen aufgreifen.

Zu diesen Teilen der Arbeiterklasse können die KommunistInnen nur Zugang bekommen, wenn sie ihre Politik an der Auflösung des Klassenkompromisses ausrichten und nur zur Verteidigung sozialer Rechte aufrufen, wenn dies auch den Kampfbedingungen des Proletariats in der BRD nutzt.

Im Zusammenhang einer grundlegenden Klassenanalyse der BRD müssen Lösungen gefunden werden, mit denen die Arbeiterbewegung und der Sozialismus wieder zusammenfinden. Entsprechend müssen die Forderungen aufgestellt werden.

Wesentliches Augenmerk muß sein: Was nützt unseren Kampfbedingungen?

Göttingen, den 1.9.1996

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Diefenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax. 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift

Freiwillig wurde, war und bin ich Antifaschist

Was hat meine Gesinnung mit Verordnungen zu tun?

Wenn ich dem Wort vom „verordneten Antifaschismus“ in der DDR begegne, verhalte ich mich ... kritisch.

Zum Sinn, den dieses Wort bei Ralph Giordano(4) ursprünglich gehabt hat, frage ich: Wollte er darauf aufmerksam machen, daß bei manchen Zeitgenossen Antifaschismus nicht innerlich gewachsen, sondern nur als die von den Autoritäten der neuen Gesellschaft geforderte Haltung eingenommen wurde? Wenn es so gemeint gewesen ist, dann hat dieses Wort ja wohl mit der historischen Tatsache zu tun, daß antifaschistische Bestimmungen und Regelungen nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition sowohl von den Besatzungsmächten als auch von neuen deutschen Behörden per Verordnung durchgesetzt werden mußten – auch gegen die Auffassungen von Teilen der deutschen Bevölkerung. Sinn ergibt Giordanos Wort auch als Kritik an vereinfachten Vorstellungen über die Überwindung von politisch-psychologischen Spuren der Nazivergangenheit in der Bevölkerung der DDR – als ob sie sozusagen „kraft Staat DDR“ ganz und gar antifaschistisch sei – sowie an Praktiken nicht allseitiger Würdigung aller Gruppen des Widerstands. Aus diesen Gründen hielt ich es für einen Fehler, die Formulierung vom „verordneten Antifaschismus“ von vornherein und rundweg abzulehnen, wie das Fred Löwenberg – sofern ich ihn richtig verstanden habe – zu tun geneigt ist. Wenn ich als Delegierter des 4. PDS-Parteitag im Januar 1995 einer Erklärung zum 50. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus meine Zustimmung gegeben habe, in der gegen diejenigen polemisiert wird, die davon ablenken wollen, „daß das eigentlich Schlimme nicht der ‚verordnete Antifaschismus‘ der DDR war, sondern die Tatsache, daß den Deutschen von den alliierten Siegermächten der Antifaschismus verordnet werden mußte“(5), bedeutet das keineswegs, daß ich das Schlimme eines offiziell betonten, jedoch oft nur oberflächlich gelebten Antifaschismus nicht auch zu sehen imstande und mit zu bedenken bereit wäre. Ich knüpfte da an Gespräche mit Stephan Hermlin am Rande des Budapester Kulturforums 1985 an, in denen die Redensart „verordneter Antifaschismus“ zwar nicht vorkam, sehr wohl allerdings die Tatsache kritisch besprochen, als Fehler gesehen wurde, daß wir im Bild vom Geist der DDR-Bevölkerung vereinfachen und glätten, wenn wir alles Faschistische und Faschistoide für überwunden halten.

Der abschätzig verallgemeinernden, ja inflationären Verwendung des Wortes vom „verordneten Antifaschismus“ in der DDR gegenüber aber bestehe ich darauf, daß zunächst wenige, dann mehr – und zwar sowohl ältere als auch ganz junge Menschen wie ich – vor und nach 1945 aus eigenem Erleben, eigener Erfahrung, eigenem Denken zu Antifaschisten wurden. Nicht ganz und gar freiwillig, denn die Schrecken der Nazi-



Zeit waren ja aufgezwungen, aber freiwillig in der Wendung gegen Nazi-Herrschaft und Nazis. Ich widersetze mich der Leugnung von so entstandenem freiwilligem Antifaschismus und der Verleumdung des Antifaschismus als „Lebenslüge“(6). Dabei bin ich mir der Tatsache, wie wenige es zunächst waren, die antifaschistische Überzeugungen gewannen, nicht erst heute, sozusagen nachträglich, bewußt. (...)

War und ist die Anti-Nazi-Haltung in mir von ihren Ursprüngen her – wie geschildert – vor allem von den Untaten der Nazis hervorgerufen, so kann als weitere Erfahrung persönlicher Art, von der ich zugleich weiß, daß ich sie mit vielen Angehörigen meiner Generation teile, hinzugefügt werden: Meine, unsere antifaschistische Gesinnung vertiefte sich besonders stark durch Lektüre. Darüber zu reden, wäre einen extra Vortrag wert. Ich will nur ein Plus und ein Minus erwähnen.

Einen tiefen Einschnitt in der Auffassung der nachdenklicheren unter den lesefreudigen DDR-Bürgern von den Konflikten der Menschen in den faschistischen Konzentrationslagern bedeutete Bruno Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen“. Oberflächliche Lektüre bewahrt im Gedächtnis mehr die äußere Geschichte von der Rettung des Kindes im KZ Buchenwald. Der ethische und ästhetische Kern des Romans aber liegt doch in der neuartigen Antwort, die Apitz auf die von den beteiligten Lagerhäftlingen heftig diskutierte Frage gibt: Was geht vor – die Wahrung der Sicherheit des Komitees oder die Rettung des Kindes? Seine Antwort: Komitee und Kind/Kind und Komitee. Weiter gefaßt: Individuum und Organisation statt Organisation auch auf Kosten des Individuums.(10)

Wie wir Grund haben, über solche Schritte in Literatur und Kunst froh zu sein, so haben wir leider auch Grund, Versäumtes und Verdrängtes in der Herausgabe bzw. Verfilmung antifaschistischer Literatur zu beklagen. Ich erinnere an die Schwierigkeiten, mit denen sich Hedda Zinner auseinanderzusetzen hatte, als sie Begebenheiten aus dem Alltagsleben von Frauen im KZ mit in Szene zu setzen versuchte, was einige Vertreter in Entscheidungsgremien für unmöglich hielten, weil „so etwas“ das Ansehen der Eingekerkerten herabsetze. Oder denken Sie an den italienischen Auschwitz-Überlebenden und Schriftsteller Primo Levi, dessen Bücher „Wenn das ein Mensch ist“ und „Die Atempause“ wir 1981 in der DDR veröffentlichten wollten. Unter Berufung auf das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer wurde dieser Absicht widersprochen. Menschliche Zerstörung werde von Levi überbelichtet, der Kampf dagegen vernachlässigt –

Klaus Höpcke, Geordnete Verhältnisse. Streitbares aus dem Thüringer Landtag. Im Rückblick: Wie es 1988 zum Ende der Buchzensur in der DDR kam. 272 Seiten, 24,80 DM. ISBN 3-929994-71-2.

Klaus Höpcke, Jahrgang 1933, war in der DDR u.a. von 1964 bis 1973 Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitung „Neues Deutschland“ und dort zuständig für Kultur, Kunst und Literatur, von 1973 bis 1989 stellvertretender Minister für Kultur, verantwortlich für Verlagswesen, Buchhandel und Bibliotheken. 1985 erhielt er ein Disziplinarverfahren wegen Gewährung der Druckerlaubnis für Volker Brauns „Hinze-Kunze-Roman“, im März 1989 wurde er wegen seiner Zustimmung als PEN-Mitglied zur Resolution für die Freilassung von Václav Havel gemäßigelt. Seit Mai 1990 ist Klaus Höpcke Mitglied der Grundsatzkommission der PDS, seit Oktober 1990 ist er außerdem Abgeordneter der PDS im Thüringer Landtag.

Sein im GNN-Verlag Sachsen/Berlin erscheinendes neues Buch wird am Sonntag, den 6. Oktober, während der Frankfurter Buchmesse auf einer um 19 Uhr beginnenden Veranstaltung von Verlag und Autor im „Club Voltaire“, Kl. Hochstraße 5, in 60313 Frankfurt/Main vorgestellt. Hier ein Auszug, in dem der Autor auf den Vorwurf des „verordneten Antifaschismus“ gegen die DDR antwortet.

darauf lief dem Sinn nach die Ablehnung heraus, ohne zu erkennen, wie stark gerade die eindringliche Darstellung der Zerstörung des Menschlichen Kräfte zu seiner Bewahrung zu mobilisieren vermag(11). (...)

Für eine dritte persönliche Erfahrung steht das Stichwort: Auschwitz- und Buchenwald-Häftling Hermann Axen – im Neuen Deutschland mein Chefredakteur, wie elf Jahre vorher während meines Praktikums in der Redaktion der Freiheit, Halle, Horst Siermann mein Chefredakteur war – auch er ein gewesener Häftling der Nazis, eingesperrt im Zuchthaus Waldheim und in den KZ Sachsenhausen und Mauthausen. Und nicht zu vergessen: Kurt Hager, mit dem ich anderthalb Jahrzehnte während meiner Tätigkeit als Stellvertreter des Ministers für Kultur und zuvor schon zehn Jahre als ND-Kulturredakteur zusammengearbeitet habe. Er bekanntlich ebenfalls ein Antifaschist mit Stationen des Widerstandskampfes in Deutschland sowie im Krieg gegen Franco, im französischen Internierungslager und in der Emigration in Großbritannien.

Ein Reigen solcher Wegbegleiter – mutet er manche von Ihnen an wie eine „Bilderbuchgeschichte“? Mag sein. Das ändert aber nichts daran, daß sie real ist. Zu ihrer Realität gehört allerdings auch ihr Konfliktgehalt. Die hohe Achtung vor dem im Kampf gegen die Nazi-Diktatur bewiesenen Mut, vor den in diesem Kampf erworbenen Erfahrungen solcher Genossen verminderte in mir die Kritikfähigkeit ihnen gegenüber. Die Neigung zu Aufmüpfen, zum Behaupten eigener Problemsicht in der Gegenwart war immer wieder – oder mindestens zu oft – einer anderen Neigung erlegen: der geschichtlichen Erfahrung der in früheren Kämpfen Erprobten größeres Gewicht zuzumessen als den Erfahrungen sowie Einsichten und Ansichten aus dem für enger gehaltenen Blickwinkel eigenen Erlebens.

Das betrachte ich als einen schwerwiegenden Fehler: aus Achtung vor Leistungen in der antifaschistischen Bewegung der Vergangenheit bei der Kritik an Fehlleistungen in der sozialistischen Entwicklung der Gegenwart nicht auf der Höhe gewesen zu sein. (...) Daß wir nicht einen Ausweg suchten, der auf Übernahme von BRD-Verhältnissen hinausgelaufen wäre, dessen geniere ich mich nicht. Aber daß wir keinen Weg zu einer wirklichen Lösung, zu einer von den Grundstrukturen her demokratischen Gesellschaft mit einer Kombination von sozialer Gerechtigkeit und hoher Produktivität geistiger und materieller Arbeit in der DDR gefunden haben, dessen schäme ich mich. (...)

Nie wieder Aussondern, nie wieder „Verfrachten“ und Vernichten „uner-

wünschter“ Personen! Für eine Ordnung auf der Erde, die gewährleistet: „Unerwünschte“ gibt es weder unter den einzelnen Menschen noch unter den Völkern! – Das ist das Vermächtnis, um dessentwillen ich Antifaschist wurde und war und bin und bleibe. Freiwillig.

Vorgetragen auf der Geschichtskonferenz zum Thema „50 Jahre Befreiung vom Faschismus – wider den Geschichtsrevisionismus“, veranstaltet vom Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS, der Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP und der MARX-ENGELS-STIFTUNG e.V. Wuppertal, am 4./5. März 1995 in Berlin-Kreuzberg, Jens-Nydahl-Schule. (Aus Platzgründen wurde der im Buch vollständige Vortrag von der Red. erheblich gekürzt.)

Quellen:

- 4 Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Vollst., Taschenbuchausgabe Droemersch Verlagsanstalt Knauf, München, dort insb. die Seiten 216/17 und 219
- 5 „4. Parteitag der PDS/1. Tagung“ in: „DISPUT“ Heft 3/4 1995, Seite 29
- 6 Verleumdung besorgte zum Beispiel Klaus Rainer Rühl in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 9.10.1993 unter der Überschrift „Lebenslüge Antifaschismus. Die nützlichen Idioten: Wie Schriftsteller und Intellektuelle der kommunistischen Propaganda erlagen“. Leugnungsansätze enthielten gelegentlich Aufsätze auch in sozialistischen Zeitungen, wenn bei der Kritik von mißbrauchtem Antifaschismus dessen aufrichtiges Verflechten außer Betracht gelassen wurde.
- 10 In seinem Aufsatz „Ankunft und Anspruch“ schrieb Dieter Schlenstedt 1966 zu der „fortwährenden ethischen Diskussion um menschliches Selbstverständnis, die sich unter Gleichgesinnten und Gleichberechtigten abspielt“: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Bruno Apitz' Roman 'Nackt unter Wölfen' in dieser Hinsicht einen Neuanfang in unserer Romanliteratur bedeutete. Das Buch, dessen Fabel um die Rettung eines tödlich bedrohten polnischen Kindes im KZ konzentriert ist, wirft die Frage auf, ob zunächst und vor allem das Kind zu retten sei, auch wenn die illegale revolutionäre Organisation gefährdet würde; oder ob nicht angesichts der Tausende, die durch den vorbereiteten Aufstand vor dem drohenden Abtransport im Vernichtungslager, vor der Ermordung im Endrausch der Nazierrschaft bewahrt werden könnten, das eine Kind zu einer zu vernachlässigenden Größe werden müßte. Mit diesem Konflikt und seiner Lösung, die beides zu vereinen fordert, die den Schematismus solcher Gegenüberstellungen nicht duldet, die Menschlichkeit im Zusammenspiel des Interesses für den einzelnen und für alle sieht, die die neuen, größeren Mühen dieser Vereinigung nicht scheut – damit beginnt Apitz' Buch eine ethische Diskussion, die Debatte um das Setzen einer neuen Moral.“ Siehe: „Kritik in der Zeit. Literaturkritik der DDR 1945-1975. Zweiter Band 1966-1975. Dokumentation“, Mitteldeutscher Verlag Halle-Leipzig 1978, Seiten 69/70.
- 11 Der britische Literaturforscher Jan Thomson, der Primo-Levi-Forschungen betreibt, ist bemüht, auch diese Problematik jetzt in ihrer Widersprüchlichkeit aufzuheben.